Finanzmonitor
ZENTRALSCHWEIZ

Finanzmonitor Zentralschweiz

Studie 2025

HSLU Hochschule Luzern

Executive Summary

Der Finanzmonitor Zentralschweiz zeigt zum vierten Mal die Stimmungen und Ansichten der Zentralschweizer Unternehmen aus Sicht der Finanzverantwortlichen. Die Teilnehmenden der Umfrage stellen ein gutes Abbild der Zentralschweizer Wirtschaft dar, wobei insbesondere der Kanton Luzern gut repräsentiert ist.

Die befragten Unternehmen empfinden ihre wirtschaftliche Lage als gut. Zwar hat sich das Bild zum Vorjahr leicht eingetrübt, die Sicht bleibt aber insgesamt sehr optimistisch. Etwas weniger als zwei Drittel sagen, dass sie ihre wirtschaftliche Lage als «gut» empfinden. Lediglich 3.4 % sehen ihre Lage als schlecht an. Die Eintrübung kommt im Wesentlichen von grösseren und international tätigen Unternehmen. Bei ihnen liegt nahe, dass sie eher exportorientiert tätig sind und daher von den Unsicherheiten in den USA, Frankreich und Deutschland abhängen. Die insgesamt positive Sichtweise zeigt sich aber in den Investitionsplänen. Fast 60 % aller antwortenden Unternehmen planen eine Erweiterung. Grösste Herausforderung ist und bleibt der Fachkräftemangel. Neu in die Liste der Herausforderungen ist der internationale Handel aufgenommen worden. Hier zeigt sich Verunsicherung, ausgelöst durch die protektionistischen Pläne der neuen US-Präsidentschaft. Die Zentralschweizer Unternehmen erwarten, dass der Schweizer Franken gegenüber dem Euro weiter aufwertet. Grosse Sorge scheint dies den Unternehmen aber nicht zu bereiten, jedenfalls wird der Wechselkurs seltener als im Vorjahr als Herausforderung benannt.

Bei den Wünschen an die Politik hat sich nur wenig geändert. Die Unternehmen wünschen sich einen Abbau bzw. ein Einfrieren der Bürokratie. In die gleiche Richtung geht der Wunsch nach digitalen einfachen Verwaltungsprozessen.

Die US-Präsidentschaftswahl wird von den Zentralschweizer Unternehmen überwiegend neutral gesehen. Knapp zwei Drittel erwarten keine Auswirkungen auf ihr Geschäftsmodell. Allerdings sehen die Unternehmen, die direkte Folgen erwarten, eher negative Auswirkungen, insbesondere durch Zölle oder nicht-tarifäre Handelshemmnisse.

Nur ein geringer Teil der Zentralschweizer Unternehmen ist bisher Opfer von Cyberkriminalität geworden (17.6 %). Die meisten Unternehmen versuchen sich präventiv gegen Cyberattacken zu schützen, wobei eine nennenswerte Zahl von Unternehmen (circa 20 %) keine Prävention betreibt. Zwei Hemmnisse führen dazu, dass keine oder nicht ausreichende Prävention betrieben wird. Zum einen wird ein fehlendes Bewusstsein vieler Mitarbeitender mit Bezug auf Cyberkriminalität beklagt. Zum anderen mindern präventive Massnahmen die Funktionsfähigkeit vieler Anwendungen.

Im Bereich ESG-Reporting ist auffällig, dass weniger Unternehmen als in den Vorjahren freiwillige Aktivitäten entfalten. Bei den Unternehmen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder freiwillig einen Nachhaltigkeitsbericht publizieren, ist auffällig, dass die berichteten Aufwände vergleichsweise gering sind bzw. nicht zu den vielmals geäusserten Befürchtungen vieler Unternehmer passen.

Home-Office ist Realität in den Zentralschweizer Unternehmen. Weniger als 2 % der befragten Unternehmen geben an, dass sie kein Home-Office zulassen. Die meisten Unternehmen lassen mehrere Tage Arbeit von zu Hause aus zu. Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis sehen die Unternehmen überwiegend nicht. Wenn, wird positiv eine höhere Arbeitgeberattraktivität und negativ ein höherer Koordinationsaufwand gesehen. In ihrer persönlichen Einstellung sehen 90 % der Finanzverantwortlichen Home-Office neutral oder positiv. Lediglich 10 % lehnt Home-Office ab.

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary ____ III

Inhaltsverzeichnis ____ IV

Abbildungsverzeichnis ____ V

Abkürzungsverzeichnis ____ V

1. Zielsetzung, Design und Methodik der Umfrage ____ 1

1.1 Zielsetzung der Umfrage ____ 1

1.2 Durchführung der Umfrage ____ 1

1.3 Auswertung ____ 2

2. Demographische Fragen ____ 3

2.1 Branche ____ 3

2.2 Unternehmensgrösse ____ 4

2.3 Sitzkanton ____ 5

3. Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ____ 6

4. Chancen und Risiken der Zentralschweizer Wirtschaft ____ 14

5. Wünsche an die Politik ____ 16

6. Auswirkungen der neuen US-Präsidentschaft auf die Zentralschweizer Unternehmen ____ 18

7. Cyberkriminalität ____ 20

8. ESG Reporting ____ 23

9. Home-Office und seine Auswirkungen ____ 25

Autoren ____ 27

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Branchenstruktur der Unternehmen 3
Abb. 2: Beschäftigtenzahlen der teilnehmenden Unternehmen 4
Abb. 3 Teilnehmende Unternehmen nach Sitzkanton 5
Abb. 4: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage 7
Abb. 5: Entwicklung der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (2022 bis 2025) 7
Abb. 6: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Kantonen 8
Abb. 7: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Unternehmensgrösse 9
Abb. 8: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Branche 10
Abb. 9: Geplante Investitionen nach Art 11
Abb. 10: Geplante Investitionen nach Bereich 11
Abb. 11: Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken von Januar 2019 bis Januar 2025 (in Schweizer Franken) 13
Abb. 12: Erwartung der Änderung des Wechselkurses zwischen CHF und Euro 13
Abb. 13: Wortwolke zu den grössten unternehmerischen Herausforderungen in den nächsten drei Jahren 14
Abb. 14: Auswirkungen der US-Präsidentschaftswahl auf Zentralschweizer Unternehmen 18
Abb. 15: Höhe der entstandenen Schäden durch Cyberkriminalität 20
Abb. 16: Hemmnisse von Schutzmassnahmen gegen Cyberkriminalität 21
Abb. 17: Schutzmassnahmen gegen Cyberkriminalität 22
Abb. 18: Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichtes 24
Abb. 19: Home-Office Möglichkeit in Zentralschweizer Unternehmen 25
Abb. 20: Allgemeine Meinung zu Home-Office 26

Abkürzungsverzeichnis

BACS	Bundesamt für Cybersicherheit
BIP	Bruttoinlandprodukt
CEO	Chief Executive Officer
CFO	Chief Financial Officer
CO2	Kohlenstoffdioxid
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
ESG	Environment, Social, Governance
IFZ	Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ
IHZ	Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KOF	Konjunkturforschungsstelle (der ETH Zürich)
OR	Obligationenrecht
VZÄ	Vollzeitäquivalente

1. Zielsetzung, Design und Methodik der Umfrage

1.1 Zielsetzung der Umfrage

Der Finanzmonitor Zentralschweiz ist eine Initiative des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ an der Hochschule Luzern – Wirtschaft. Unterstützt wird der Finanzmonitor insbesondere durch die Luzerner Kantonalbank, die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ und die Wirtschaftskammer Zug.

Ziel der zum Jahreswechsel 2021/2022 erstmals durchgeführten wiederkehrenden Untersuchung ist es, ein Stimmungsbild der Unternehmen in den Zentralschweizer Kantonen (Luzern, Uri, Obwalden, Nidwalden, Zug und Schwyz) zu zeichnen. Ansprechpartner der Umfrage in den Unternehmen ist die/der Chief Financial Officer (CFO) bzw. Finanzverantwortliche. Damit soll die spezifische Sicht der Finanzverantwortlichen auf die Lage ihrer Unternehmen und auf aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen erfasst werden. Finanzverantwortliche sind im Unternehmen diejenigen, die gemeinsam mit dem CEO eine Gesamtsicht haben. CFOs haben eine spezifische Sichtweise aufgrund ihrer Aufgabenstellung, die sich von anderen Unternehmensverantwortlichen unterscheidet. Des Weiteren soll die Studie Erkenntnisse über Fragestellungen gewinnen, die zum Zeitpunkt der Befragung die Finanzabteilungen in den Unternehmen besonders bewegen. Dabei soll der Wirtschaftsstruktur der Zentralschweiz Rechnung getragen werden, indem insbesondere auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fokussiert wird. Ausdrücklich nicht zur Zielgruppe gehören Mikrounternehmen mit weniger als 9 Mitarbeitenden.

Im Januar 2025 wurde die Umfrage zum Finanzmonitor zum vierten Mal durchgeführt. Inzwischen hat der Finanzmonitor Zentralschweiz damit eine Historie, die aussagekräftige intertemporale Vergleiche zulässt. Wie in den Vorjahren gliedert sich die Befragung in einen jährlich wiederkehrenden Teil, der sich im Wesentlichen mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den politischen Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Zentralschweiz befasst. Im zweiten Teil der Umfrage werden aktuelle Themen, die derzeit die Wirtschaft der Zentralschweiz beschäftigen, thematisiert. In diesem Jahr sind es insbesondere Fragen zur Cyberkriminalität, dem Home-Office und seinen Auswirkungen, der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten sowie der Aufwand, der durch nichtfinanzielle Berichterstattung entsteht.

1.2 Durchführung der Umfrage

Die Umfrage wurde online über das Umfragetool «Unipark» der Hochschule Luzern – Wirtschaft durchgeführt. Die Umfrage und ihre Auswertung sind anonym vorgenommen worden. Rückschlüsse auf die antwortenden Personen oder die von ihnen vertretenen Unternehmen sind nicht möglich.

Die Einladung zur Teilnahme an der Studie wurde Anfang Januar 2025 an alle Mitgliedsunternehmen der IHZ und der Wirtschaftskammer Zug versendet. Des Weiteren wurde die Umfrage über das soziale Netzwerk LinkedIn, über die Luzerner Kantonalbank sowie den Newsletter des IFZ und des CFO Forums Schweiz beworben. Da der Sitzkanton der teilnehmenden Unternehmen abgefragt wurde, konnten Unternehmen ausserhalb der Zentralschweiz von der Auswertung ausgeschlossen werden.

Eingegangen sind insgesamt 176 auswertbare und bis zum Ende ausgefüllte Fragebögen. Unternehmen, die einen anderen als die Zentralschweizer Kantone als Sitzkanton angegeben haben, konnten aufgrund von angegebenen unternehmerischen Strukturen in der Zentralschweiz dennoch in die Auswertung einbezogen werden. Der Fragebogen verfügte über Filterfragen, so dass nicht alle Fragen von allen Teilnehmenden beantwortet werden konnten. Ausserdem bestand die Möglichkeit, einzelne Fragen zu überspringen. Des Weiteren gab es bei mehreren Fragen die Möglichkeit zur Mehrfachauswahl. Aus diesem Grund wird in der Auswertung jeweils die Anzahl der tatsächlichen Antworten pro Frage angegeben.

Der Finanzmonitor beansprucht keine Repräsentativität für alle Zentralschweizer Unternehmen. Zur Erreichung eines repräsentativen Ergebnisses wäre ein anderes Vorgehen erforderlich gewesen, das die Grundsätze der Stichprobenbildung berücksichtigt. Dies ist in der vorliegenden Studie bewusst nicht geschehen. Aufgrund der Zielgenauigkeit der Ansprache der Teilnehmenden kann jedoch trotzdem eine sehr hohe Aussagekraft mit einer annähernden Repräsentativität der Antworten angenommen werden.

Der Fragebogen wurde vom IFZ in Absprache mit den anderen Partnern des Finanzmonitors Zentralschweiz entwickelt. Er besteht aus drei Teilen:

- **Demographischer Teil (Frage 1 – 4):**
  In diesem Teil werden Informationen zu Grösse und Sitz des Unternehmens abgefragt.
- **Jährlich wiederkehrender Teil (Frage 5 – 10):**
  Hier werden Fragen zur wirtschaftlichen Lage, Zukunftsaussichten des Unternehmens sowie den wirtschaftlichen, politischen und administrativen Rahmenbedingungen behandelt. Die Fragen sind eng an die im vergangenen Jahr gestellten Fragen angelehnt.
- **Jährlich veränderbarer Teil (Frage 11 – 25):**
  In diesem Teil werden aktuelle Themen angesprochen, weshalb die Inhalte jährlich wechseln. 2025 sind schwerpunktmässig Fragen zu den Themenfeldern Wiederwahl von Donald Trump als US-Präsident, Cyberkriminalität, ESG Reporting und Home-Office gestellt worden.

Im Fragebogen gab es sowohl standardisierte Fragen, die durch Auswahl vorgegebener Antworten beantwortet werden konnten, als auch freie Felder für die Eingabe von Texten ohne Vorgaben.

1.3 Auswertung

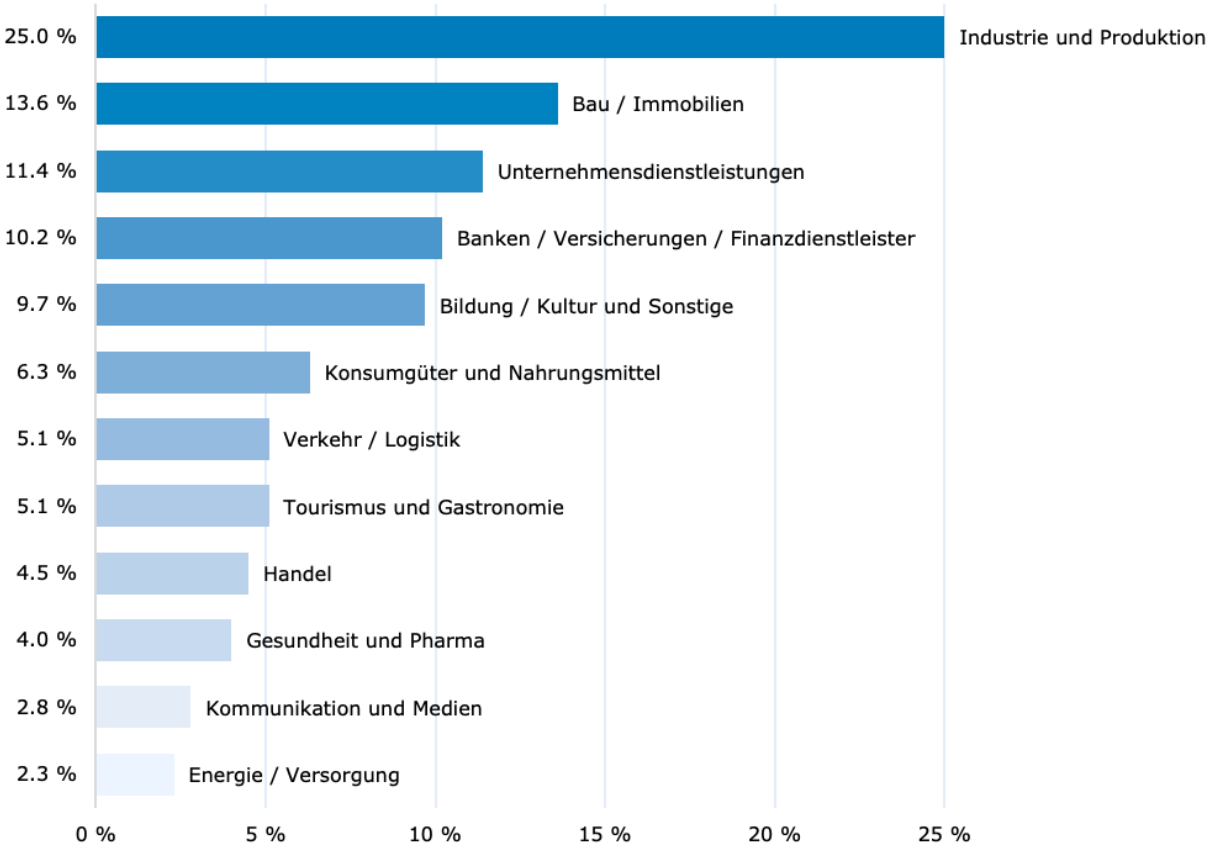
Die Umfrage war für alle potenziellen Teilnehmenden vom 6. Januar bis zum 10. Februar 2025 erreichbar. Am 10.02.2025 wurde die Umfrage geschlossen und die Ergebnisse wurden gesichert. In die Auswertung sind alle Antworten, die eingegeben und freigegeben worden sind, eingeflossen. Die Auswertung der Umfrage fand im Februar 2025 an der Hochschule Luzern – Wirtschaft durch die Autoren dieser Studie statt.

2. Demographische Fragen

2.1 Branche

Die Branchenstruktur der Zentralschweiz ist von verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen geprägt, insbesondere das verarbeitende Gewerbe ist in der Region überdurchschnittlich – im Vergleich zur gesamten Schweiz – vertreten.[1] Die antwortenden Unternehmen repräsentieren den Branchenmix der Zentralschweizer Kantone grundsätzlich sehr gut. Handel und Dienstleistungen, sowie das Gastgewerbe sind allerdings unterrepräsentiert. Dies liegt daran, dass diese Branchen stark durch Kleinstunternehmen geprägt sind, die nicht Zielgruppe des Finanzmonitors sind. Vor diesem Hintergrund stellen die antwortenden Unternehmen eine gute Abbildung der in der Befragung adressierten Unternehmen aus der Zentralschweiz dar. Damit bekommt die Industrie in der Befragung zum Finanzmonitor ein grösseres Gewicht. Sie repräsentiert, wie im Vorjahr, rund ein Viertel aller antwortenden Unternehmen.

Abb. 1: Branchenstruktur der Unternehmen



n = 176 Unternehmen

Die Branchenstruktur entspricht trotz kleinerer Verschiebungen im Wesentlichen den Strukturen der Vorjahre. Insofern werden zeitliche Vergleiche nur unwesentlich durch Änderungen des Branchenmix beeinflusst.

[1] Vgl. https://www.lustat.ch/monitoring/wirtschaftskennzahlen/unternehmensstruktur-und-demografie/branchenstruktur (abgerufen am 13. Februar 2025).

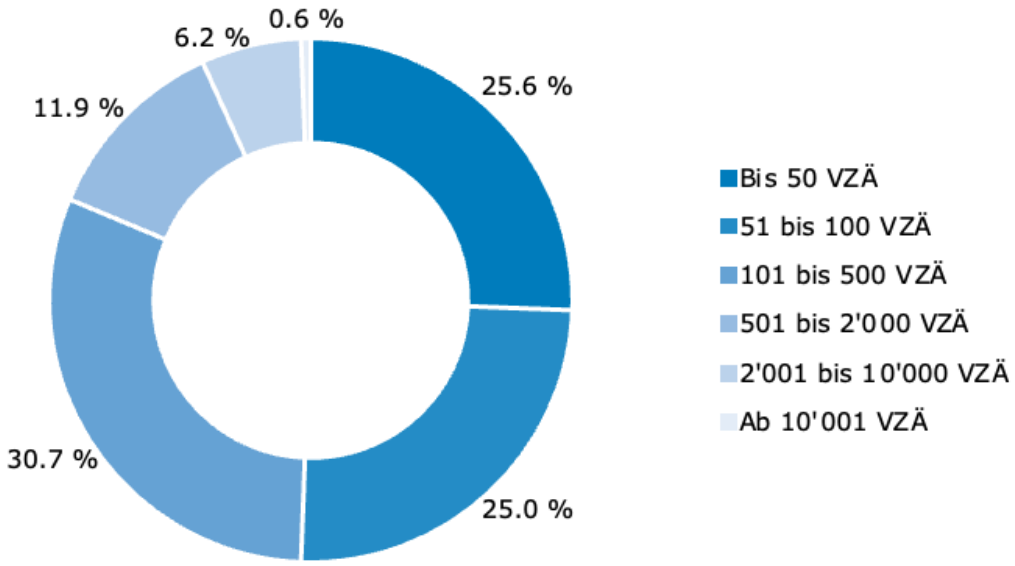
2.2 Unternehmensgrösse

Die Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, sind im Wesentlichen kleine und mittlere Unternehmen (KMU). 25.6 % haben bis 50 Beschäftigte, 25.0 % von 51 bis 100 Beschäftigte und 30.7 % von 101 bis 500 Arbeitnehmende. Über 500 Arbeitnehmende beschäftigen demnach 18.1 % der teilnehmenden Unternehmen. Eines der antwortenden Unternehmen beschäftigt mehr als 10'000 Arbeitnehmende und gehört damit auch nach internationaler Definition zu den Grossunternehmen. Damit hat sich die Grössenstruktur der antwortenden Unternehmen nur unwesentlich geändert.

Die Beschäftigtenzahl beinhaltet bei multinationalen Konzernen mit Sitz in der Zentralschweiz die weltweite Gesamtzahl aller Arbeitnehmenden; bei Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne wird auf die Beschäftigtenzahl in der Schweiz abgestellt. Dies kann dazu führen, dass die Zahl der konzernangehörigen Unternehmen durch die Angabe der Beschäftigtenzahl unterschätzt wird, da bei konzernangehörigen Unternehmen nur die Schweizer Beschäftigten in unsere Umfrage eingeflossen sind.

Grössere Unternehmen sind in der Umfrage überrepräsentiert. Schweizweit machen KMU 99.7 % aller Unternehmen aus. Davon entfallen 89.7 % auf Mikrounternehmen, die weniger als 9 Beschäftigte haben. Diese sind jedoch nicht Zielgruppe des Finanzmonitors. Die avisierte Grössenstruktur (Zentralschweiz ohne Mikrounternehmen) ist damit durch die antwortenden Unternehmen gut abgebildet.

Abb. 2: Beschäftigtenzahlen der teilnehmenden Unternehmen



n = 176 Unternehmen

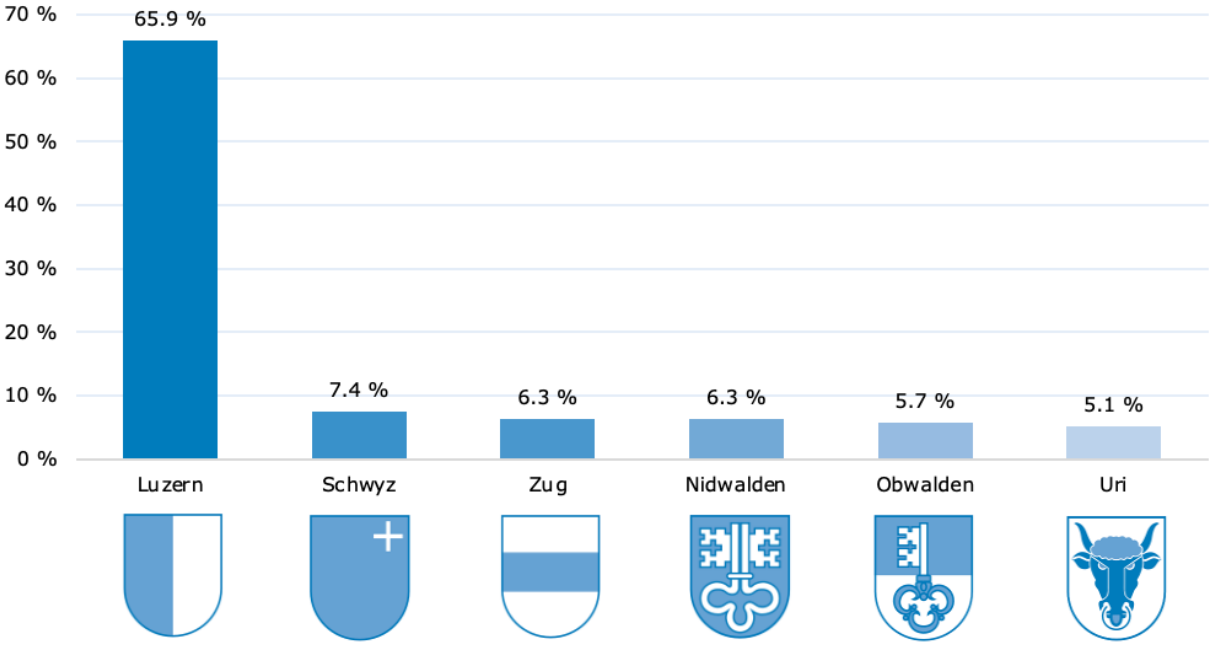
Neben der Beschäftigtenzahl ist auch der Umsatz ein Indikator für die Unternehmensgrösse. Hier zeigt sich ebenfalls, dass die anvisierte Zielgruppe durch die Antwortenden gut repräsentiert wird. Mehr als die Hälfte (59.1 %) der antwortenden Unternehmen ordnet sich in die Grössenklasse zwischen 10 und 200 Mio. CHF ein. Ungefähr ein Viertel (24.5 %) haben unter 10 Mio. CHF Umsatz. 11.4 % geben Umsätze zwischen 200 Mio. und 1 Mrd. CHF an. Lediglich 4.5 % aller Antwortenden melden mehr als 1 Mrd. CHF Umsatz und gehören damit zu den Grossunternehmen. Insgesamt zeigt sich also auch hier, dass die teilnehmenden Unternehmen die Zielgruppe gut repräsentieren.

2.3 Sitzkanton

Ziel der Umfrage «Finanzmonitor Zentralschweiz» ist es, ein Bild über die Situation bei Zentralschweizer Unternehmen zu erhalten. Gegenstand der Befragung sind somit Unternehmen aus den Kantonen der Zentralschweiz (Luzern, Zug, Nidwalden, Obwalden, Schwyz und Uri). Damit wird das Gebiet der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ (alle genannten Kantone ohne den Kanton Zug) abgedeckt. Der Kanton Zug wird durch die Einbindung der Wirtschaftskammer Zug in diese Befragung berücksichtigt. Durch die direkte Einladung der Unternehmen durch die beiden Partner der Umfrage konnten Streuverluste weitgehend ausgeschlossen werden. Unternehmen, die einen anderen Hauptsitz als die Zentralschweiz angegeben haben, aber über wesentliche Organisationsstrukturen in der Zentralschweiz verfügen, wurden in die Befragung aufgenommen.

Grösster Kanton der Region Zentralschweiz ist Luzern. Dieser ist auch mit rund zwei Drittel (65.9 %) der befragten Unternehmen am stärksten in der Umfrage vertreten. Dies entspricht etwas mehr als dem Anteil der Luzerner Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Zentralschweiz. Aufgrund seiner besonderen Wirtschaftsstärke ist der Kanton Zug für die Wirtschaftskraft für die Region besonders wichtig. In dieser Ausgabe des Finanzmonitors kamen lediglich 6.3 % der antwortenden Unternehmen aus dem Kanton Zug. Damit ist der für die Wirtschaft der Region besonders wichtige Kanton unterrepräsentiert. Die kleineren Kantone sind jeweils ungefähr entsprechend ihres Gewichts an der Zentralschweizer Bevölkerung in der Umfrage repräsentiert.

Abb. 3 Teilnehmende Unternehmen nach Sitzkanton



n = 176 Unternehmen

Insgesamt kann man festhalten, dass die antwortenden Unternehmen ein gutes Abbild der Zentralschweizer Wirtschaft bieten. Einschränkend ist lediglich, dass die Unternehmen aus dem Kanton Zug nur unter ihrem wirtschaftlichen Gewicht Bestandteil der Umfrage sind.

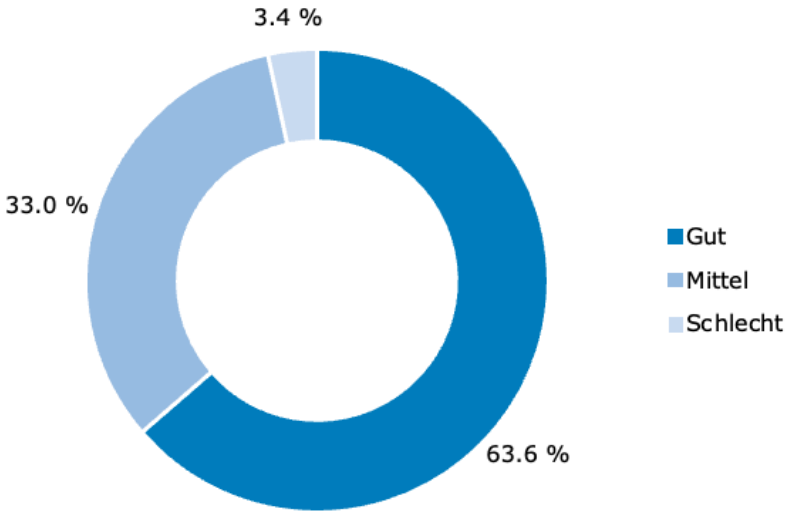
3. Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das Jahr 2024 war durch verschiedene teilweise gegensätzliche Entwicklungen geprägt. Geopolitisch blieben die Kriege in der Ukraine und der Konflikt im Nahen Osten für die wirtschaftliche Lage relevant. Die Zinsentwicklung hat sich aber deutlich entspannt. Die Schweizer Nationalbank reduzierte in vier Zinsschritten den Leitzins von 1.75 % auf 0.50 %. Im November gewann Donald Trump die amerikanischen Präsidentschaftswahlen mit einem teilweise protektionistischen Regierungsprogramm. Frankreich und Deutschland erlebten Regierungskrisen, die in wirtschaftlichen Schwächephasen in beiden Ländern die Handlungsfähigkeit der Politik stark einschränkten. Insbesondere die Entwicklungen in den beiden Nachbarländern trüben auch die Aussichten für die Schweizer Konjunktur ein. Für 2024 erwartet die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) ein Wirtschaftswachstum von lediglich 0.9 %. Für die Folgejahre 2025 und 2026 wird ein Aufwärtstrend erwartet und ein Wachstum von 1.4 % (2025) und 1.7 % (2026) prognostiziert.[2]

Diese Entwicklung zeigt sich in diesem Jahr auch erstmals in den Antworten zur Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Während in den Jahren 2023 und 2024 es nur marginale Veränderungen bei den Einschätzungen gab, gibt es in diesem Jahr eine leicht schlechtere Selbsteinschätzung als im Vorjahr. Als «gut» beurteilen 63.6 % der Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage (-2.4 % im Vergleich zu 2024). Als «mittel» bezeichnen die Lage 33.0 % der befragten Unternehmen, was 1.9 % mehr als im Vergleich zu 2024 sind. Schlecht sehen ihre Lage 3.4 % der antwortenden Unternehmen. Im Jahr 2024 waren es nur 2.9 %. Die Veränderung ist nicht gravierend, aber grösser als in den Vorjahren. Insgesamt ist die Zentralschweizer Wirtschaft aber weiterhin ausserordentlich resilient und sehr optimistisch, was sich von der Stimmung im benachbarten Ausland deutlich unterscheidet. Diese Erkenntnis deckt sich auch mit den im CEO Survey der Beratungsgesellschaft PWC erfassten Aussichten. Dort zeigen sich die CEOs optimistisch und sehen die eigene wirtschaftliche Lage als gut an, sehen aber einen signifikanten Unterschied der Schweizer Situation zur Lage in der EU.[3]

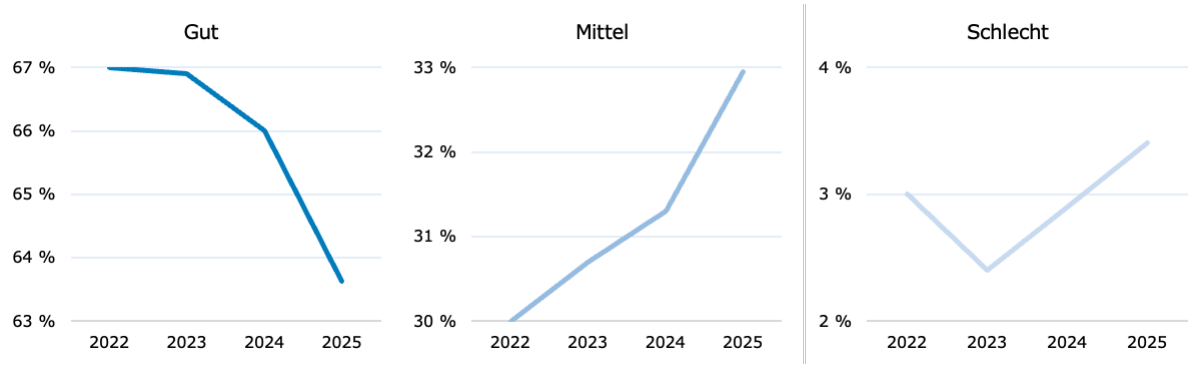
[2] Vgl. https://kof.ethz.ch/prognosen-indikatoren/prognosen/kof-konjunkturprognosen.html#:~:text=Die%20Einsch%C3%A4tzung%20der%20Aussichten%20f%C3%BCr,(BIP)%20von%200.9%25 (abgerufen am 24.2.2025).
[3] Vgl. PWC: Wirtschaftswachstum: Schweizer CEOs sind weltweit am optimistischsten, konzentrieren sich aber auf den Heimatmarkt, https://www.pwc.ch/de/presse/ceo-survey-2025.html (abgerufen am 24.2.2025).

Abb. 4: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage



n = 176 Unternehmen

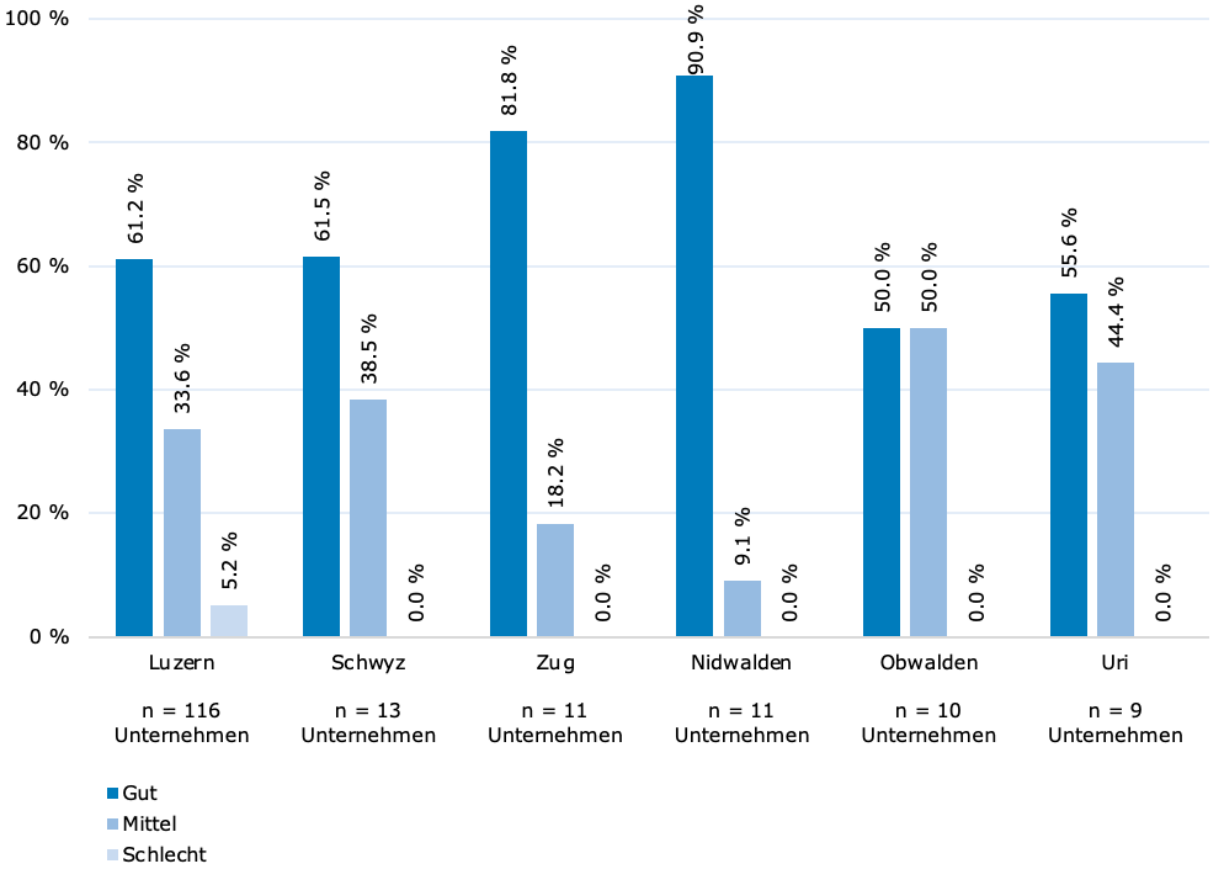
Abb. 5: Entwicklung der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (2022 bis 2025)



n = 176 Unternehmen (im Jahr 2025)

Differenziert man die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Kantonen, so fällt auf, dass die wirtschaftliche Lage im Kanton Luzern schlechter empfunden wird als in den übrigen (allerdings kleineren) Kantonen. Alle Unternehmen, die ihre eigene Lage als schlecht einschätzen, haben ihren Sitz in Luzern. In Zug und Nidwalden wird die wirtschaftliche Lage von den Unternehmen deutlich besser eingeschätzt als in den anderen Kantonen. Die Auswertung nach Kantonen wird im Finanzmonitor in diesem Jahr erschwert, da die Antworten überwiegend aus Unternehmen, die ihren Sitz im Kanton Luzern haben, kommen.

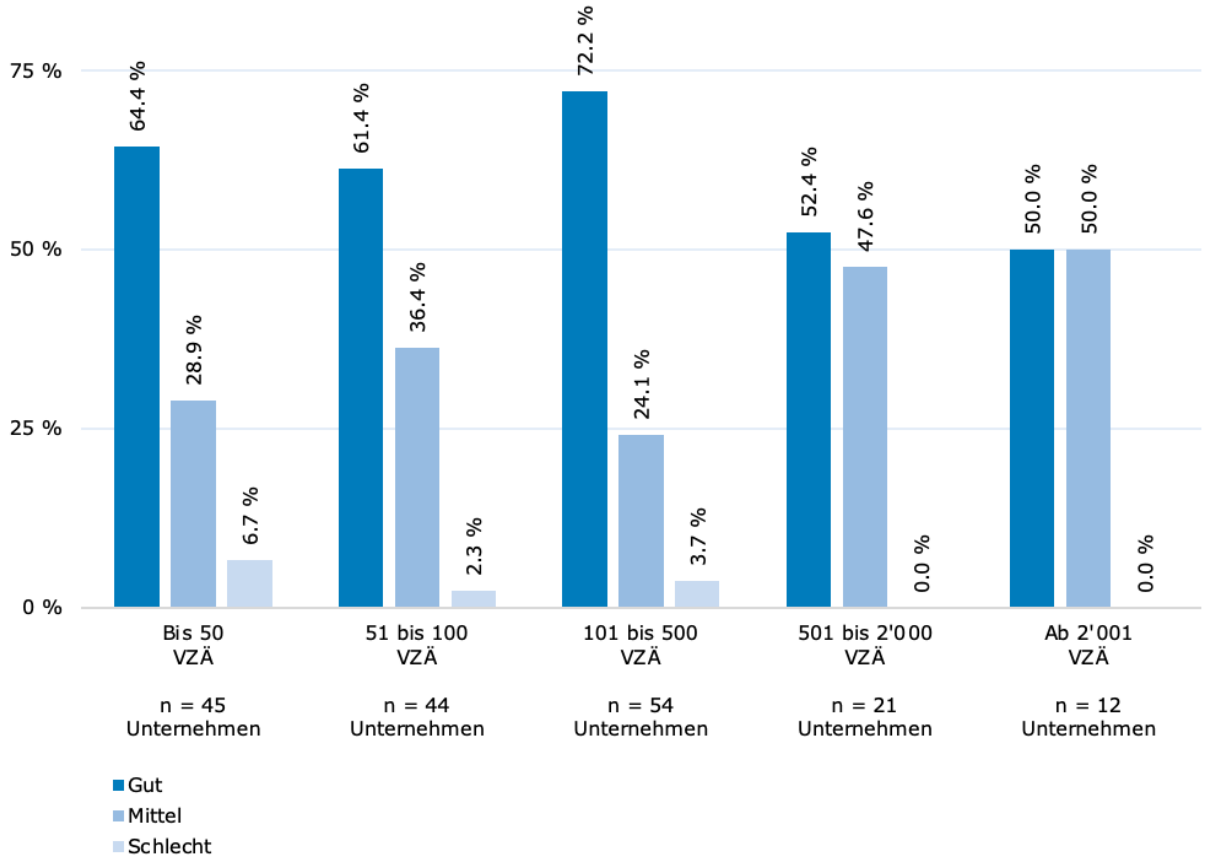
Abb. 6: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Kantonen



n = 176 Unternehmen

Der Trend aus dem Vorjahr, dass kleinere Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage tendenziell besser einschätzen, setzt sich in diesem Jahr fort. Bis 2023 zeigte sich hier ein umgekehrtes Bild. Zurückzuführen ist diese Entwicklung vermutlich darauf, dass kleinere Unternehmen tendenziell eher weniger exportorientiert sind als grössere. Durch die schwache Wirtschaftslage gepaart mit unsicherer politischer Lage sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ist mit geringerem Export zu rechnen, was eher Auswirkungen auf grössere Unternehmen hat.

Abb. 7: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Unternehmensgrösse

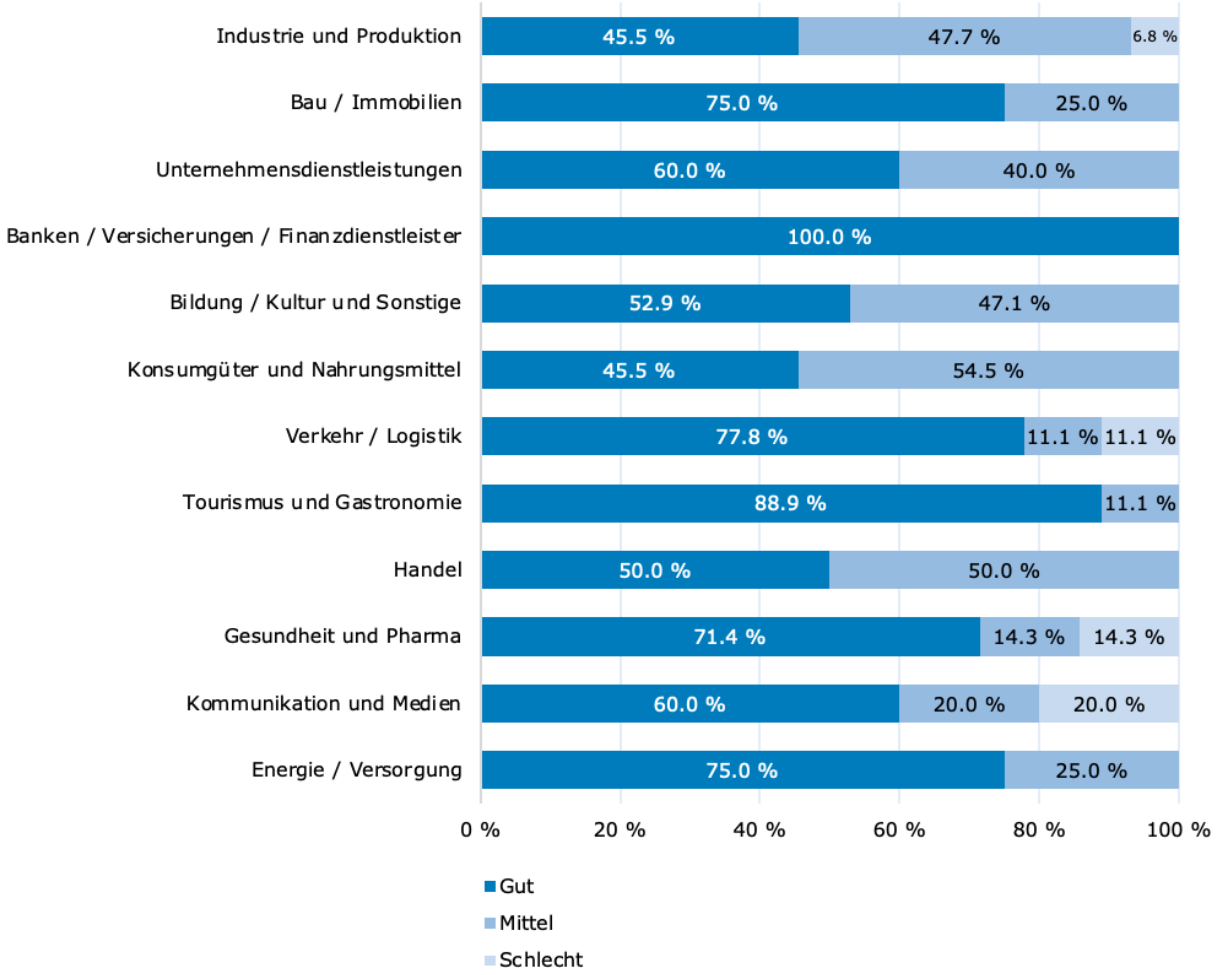


n = 176 Unternehmen

Dieses Bild setzt sich bei den Aussichten nach Branchen fort. Die Branche «Industrie und Produktion» schätzt ihre Lage am schlechtesten ein. Auch hier ist davon auszugehen, dass diese Unternehmen eher international orientiert sind und damit stärker von der Lage in den Nachbarländern sowie den protektionistischen Plänen in den USA betroffen sind. Auffällig ist, dass Unternehmen der Branche «Banken und Finanzdienstleistungen» zu 100 % eine gute wirtschaftliche Lage vermelden. Der positive Trend – nach der vorherigen durch die Lockdowns und Reisebeschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie ausgelösten Krise – in Tourismus und Gastronomie setzt sich auch in diesem Jahr fort. Einschränkend muss man allerdings erwähnen, dass gerade Tourismus und Gastronomie besonders durch Mikrounternehmen geprägt sind, die hier nicht befragt worden sind, so dass ein Rückschluss auf den gesamten Bereich Tourismus und Gastronomie nur bedingt möglich ist. Drei Viertel der Unternehmen des Bau- und Immobiliengewerbes sehen sich in einer guten Situation. Dies steht im Gegensatz zur schweizweiten Studie des Bauindex, der einen Rückgang der Bauleistungen sowohl Ende 2024 als auch im ganzen Jahr 2025 erwartet.[4] Damit sieht sich die Zentralschweizer Bauwirtschaft besser aufgestellt als die Branche in der ganzen Schweiz.

[4] Vgl. o.V. Bauindex 2024, 4. Quartal. https://baumeister.swiss/baumeister-5-0/konjunktur-statistiken/bauindex/#:~:text=Der%20Bauindex%20prognostiziert%20f%C3%BCr%20das,betr%C3%A4gt%20das%20Wachstum%20%2D0.2%25.&text=Sowohl%20im%20Hochbau%20(%2D5.2,als%20noch%20vor%20einem%20Jahr, abgerufen am 24.2.2025.

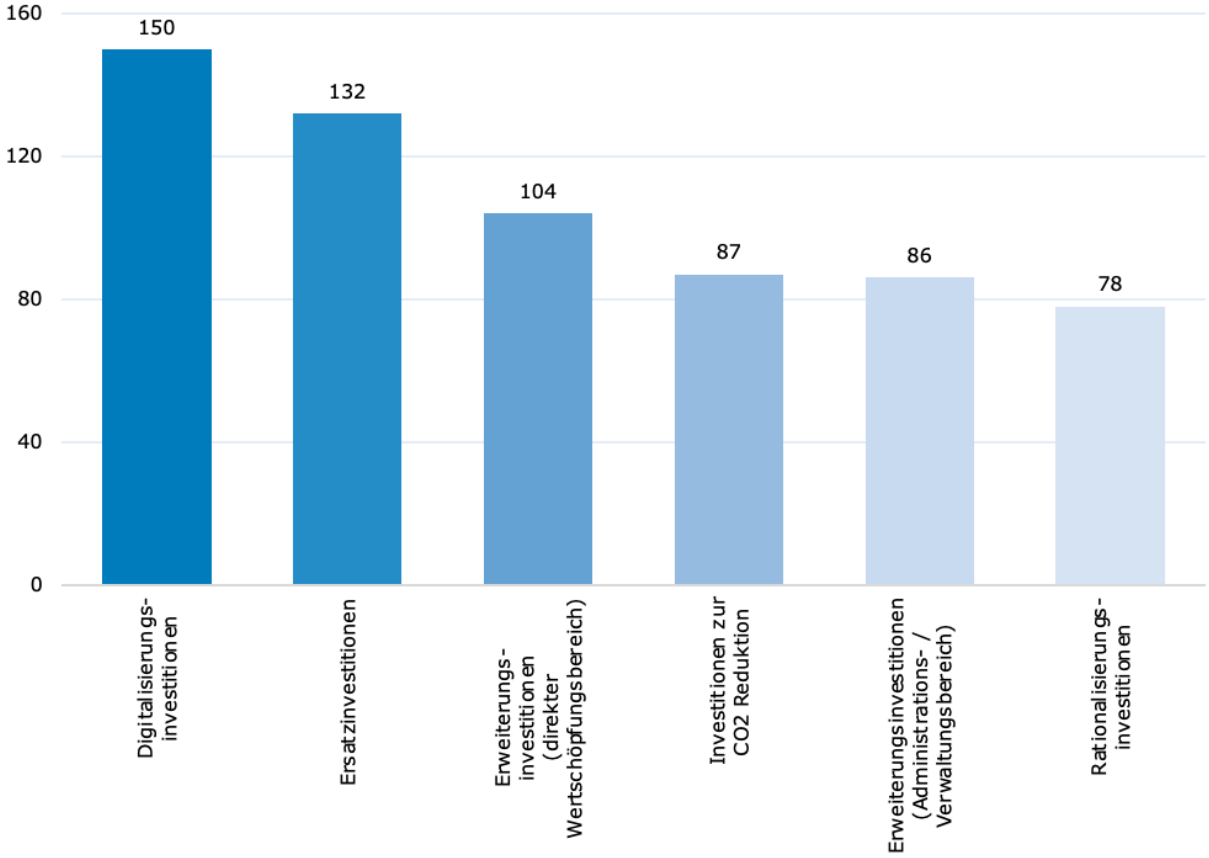
Abb. 8: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Branche



n = 176 Unternehmen

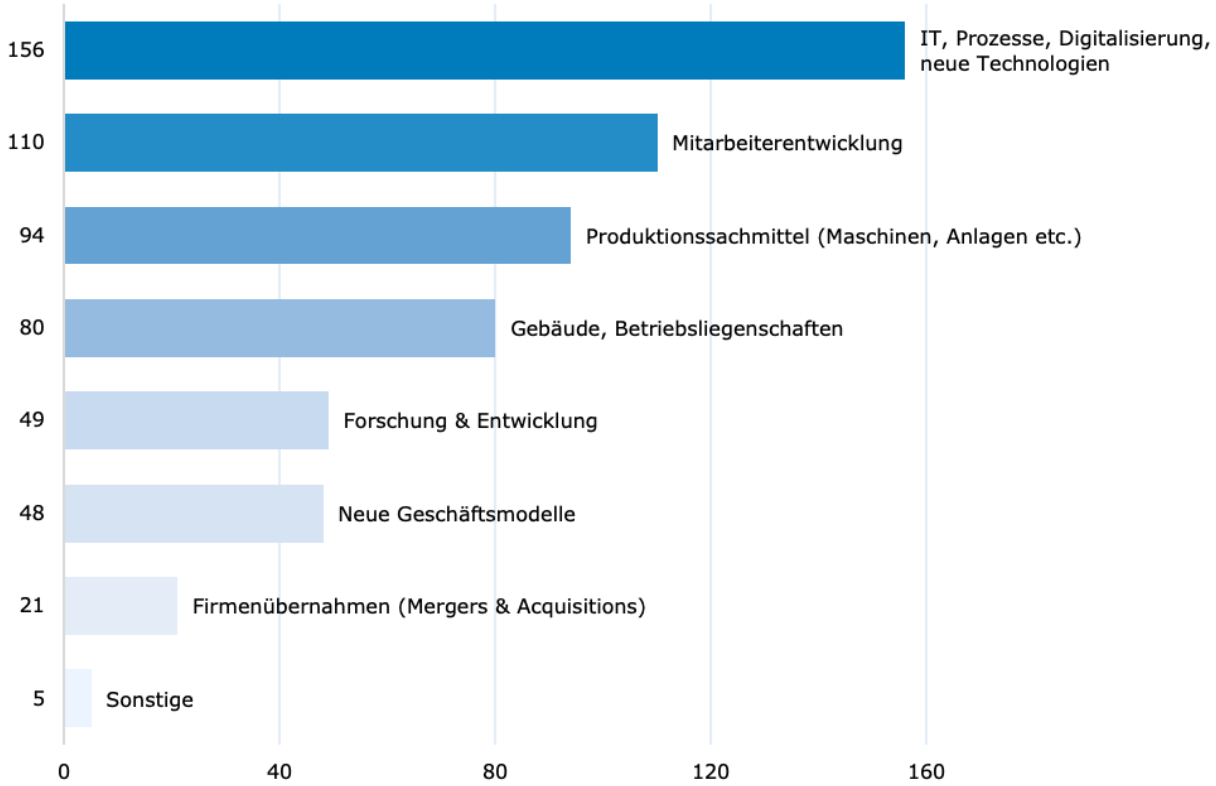
Die positive Lageeinschätzung sollte sich auch in der Investitionsplanung der Unternehmen niederschlagen. In der Umfrage haben wir verschiedene Investitionsarten abgefragt. Diese konnten die Antwortenden in eine Reihenfolge von 1 bis 6 nach Wichtigkeit für ihr Unternehmen einordnen. Die meisten Unternehmen (150 der Grundgesamtheit von 173) planen Investitionen in die Digitalisierung, gefolgt von Ersatzinvestitionen (132). Die Mehrheit der Unternehmen plant auch Erweiterungsinvestitionen im direkten Wertschöpfungsbereich (104). Bei dieser Kategorie handelt es sich um diejenigen Investitionen, die direkt zu Wirtschaftswachstum führen. Die Förderung der Gesamtwirtschaft wird auch durch Unternehmen gestützt, die Erweiterungen im Bereich Administration vornehmen wollen (86 Unternehmen). Der Trend zu einer stärkeren Berücksichtigung von Nachhaltigkeitszielen in Unternehmen zeigt sich auch deutlich bei den Investitionen: 87 Unternehmen (entsprechend 50.6 % aller befragten Unternehmen) planen Investitionen in die Reduktion von CO2. Rationalisierungsinvestitionen werden hingegen nur von 78 Unternehmen, entsprechend 45.3 %, geplant. Bei Rationalisierungsinvestitionen werden alte Anlagen durch neue ersetzt, die produktiver oder kostengünstiger sind.

Abb. 9: Geplante Investitionen nach Art



n = 176 Unternehmen (4 ohne Angaben) | N = 647 Antworten

Abb. 10: Geplante Investitionen nach Bereich

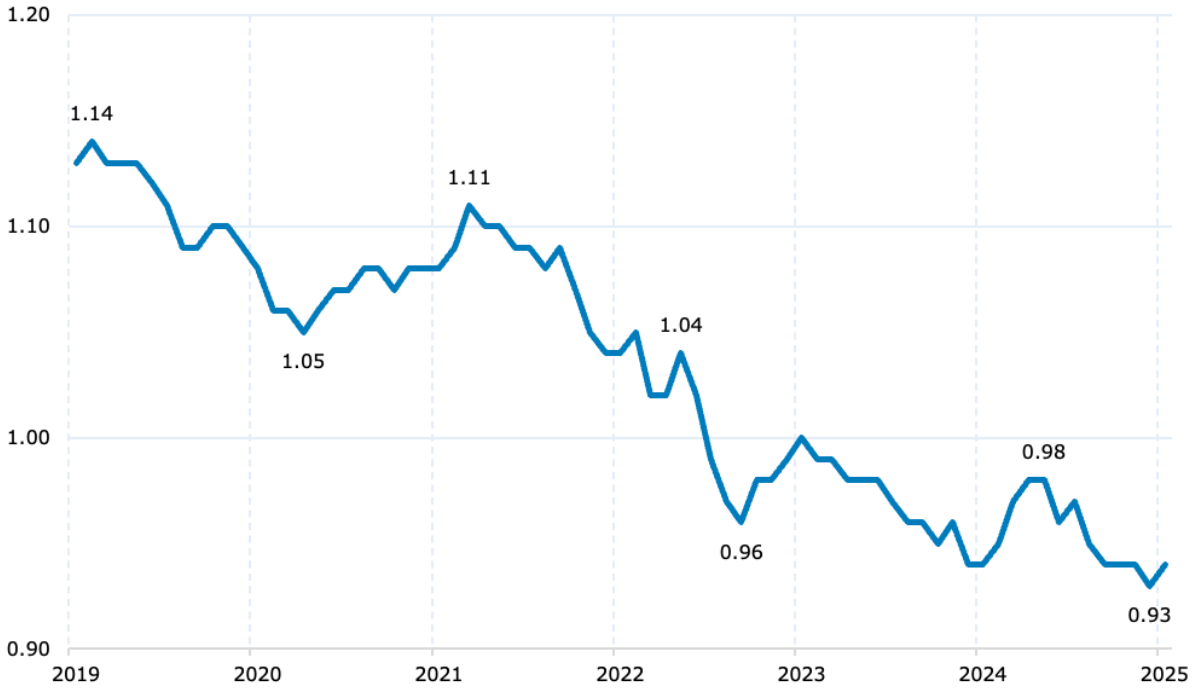


n = 176 Unternehmen (1 ohne Angabe) | N = 563 Antworten

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bildet der Bereich Digitalisierung und neue Technologien. 156 Unternehmen wollen in diesem Bereich investieren. Der Fachkräftemangel, den die Unternehmen laut diesem Finanzmonitor wiederum als zentrales Problem der Wirtschaftsentwicklung sehen, zeigt sich auch in den Investitionen. 110 Unternehmen geben an, in die Mitarbeiterentwicklung investieren zu wollen. Die Relevanz dieser Investitionsart ist jedoch leicht zurückgegangen. Maschinen und Anlagen werden von 94 Unternehmen als Investitionsgegenstände benannt. Dezidiert in neue Geschäftsmodelle und damit in eine Erweiterung der eigenen geschäftlichen Basis wollen 48 Unternehmen investieren. Dies entspricht 27.4 % aller Unternehmen, was genau auf dem Vorjahresniveau liegt. Forschung und Entwicklung – als zweites explizit auf die Verbreiterung der geschäftlichen Basis gerichtetes Investitionsfeld – wird von rund 28 % (49 Unternehmen) genannt, was einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr darstellt. Damit plant ungefähr die gleiche Anzahl von Unternehmen wie im Vorjahr direkte Wachstumsinvestitionen. Im Bereich Mergers & Acquisitions zeigt das Ergebnis eine rückläufige Tendenz. 21 Unternehmen planen, ein anderes Unternehmen zu kaufen. Diese Aktivität ist immer ein Zeichen für eine besonders gute wirtschaftliche Lage. Insgesamt zeigen die Investitionspläne ein positives Bild und stützen die tendenziell optimistische Selbsteinschätzung der Zentralschweizer Unternehmen.

Für die exportorientierte Wirtschaft der Zentralschweiz ist der Wechselkurs gegenüber dem Euro (und dem US-Dollar) ein entscheidender Faktor für das wirtschaftliche Wohlergehen. Der Schweizer Franken hat im Jahr 2024 zunächst an Wert verloren, dann aber in der zweiten Jahreshälfte wieder deutlich gewonnen. Zum starken Franken beigetragen hat das schwächere wirtschaftliche Wachstum in den EU-Staaten, insbesondere in den EU-Ankerstaaten Frankreich und Deutschland. Zudem hat der Schweizer Franken durch seine Rolle als «sicherer Hafen» in Zeiten multipler Krisen, zuletzt durch die Verunsicherung nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, profitiert. Vor dem Hintergrund dieses hohen Wechselkursniveaus haben wir die Zentralschweizer Unternehmen gefragt, wie sie die Wechselkursentwicklung gegenüber dem Euro in den kommenden 12 Monaten einschätzen.

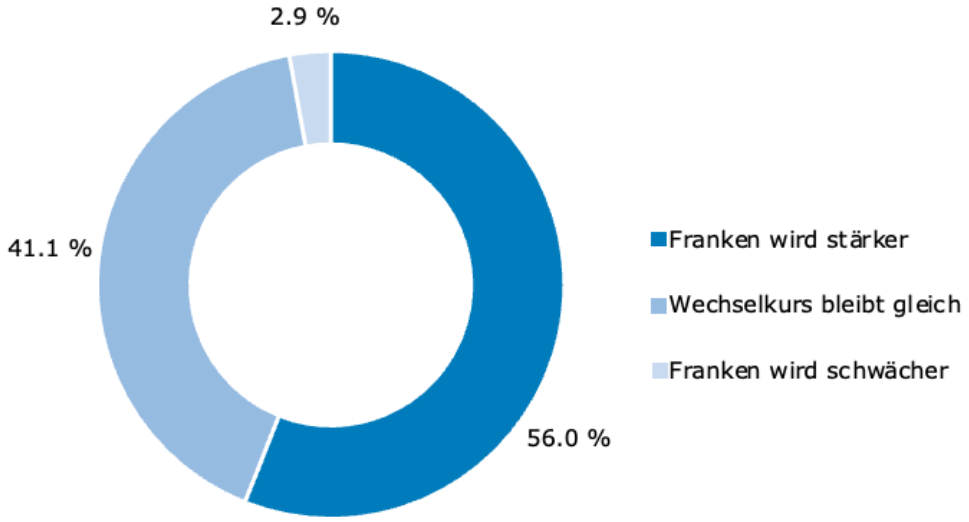
Abb. 11: Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken von Januar 2019 bis Januar 2025 (in Schweizer Franken)



1 EUR = x CHF

Die Zentralschweizer Unternehmen gehen mehrheitlich davon aus, dass der Schweizer Franken noch einmal an Wert gewinnen wird (56 %). 41.1 % meinen, dass der Aussenwert der Währung in den nächsten 12 Monaten gleichbleiben wird und nur 2.9 % gehen von einem Rückgang der Wechselkurse aus. Damit wird eine weitere Stärkung des Franken erwartet in der Tendenz noch deutlicher als in der Umfrage 2024.

Abb. 12: Erwartung der Änderung des Wechselkurses zwischen CHF und Euro



n = 176 Unternehmen (1 ohne Angabe)

4. Chancen und Risiken der Zentralschweizer Wirtschaft

In einer offenen Frage hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die grössten unternehmerischen Herausforderungen der nächsten drei Jahren zu benennen. 130 Finanzverantwortliche haben diese Frage beantwortet. Neben vielen individuellen Aussagen zu unternehmensspezifischen Entwicklungen, gibt es einige mehrmals genannte, allgemeine Herausforderungen, die der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet sind. Die gemachten Aussagen wurden sortiert und nach Stichworten geclustert. Nachfolgende Wortwolke stellt die häufigsten Nennungen dar.

Abb. 13: Wortwolke zu den grössten unternehmerischen Herausforderungen in den nächsten drei Jahren

n = 176 Unternehmen (46 ohne Angabe)

Das mit grossem Abstand am häufigsten genannte Thema war der Fachkräftemangel. Dieses Thema wurde bereits in den Umfragen zum Finanzmonitor in den vergangenen drei Jahren am stärksten genannt. Die Anzahl der Nennungen in Prozent hat sich im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich erhöht. Die wahrgenommenen Probleme bei der Rekrutierung haben sich in den Zentralschweizer Unternehmen offenbar verschärft. Die teilweise genannte Entspannung am Arbeitsmarkt zeigt sich damit nicht für die Zentralschweizer Unternehmen. Allerdings zeigen die detaillierten Antworten häufig eine Veränderung: Es werden spezifische Qualifikationen und besonders motivierte Arbeitskräfte gesucht.

Auf Platz zwei bei den Nennungen war die Regulierung. Die Unternehmen fühlen immer mehr Regulierung und erwarten von den politischen Entscheidungsträgern einen Abbau von Vorschriften bzw. zumindest ein Einfrieren der jetzigen bürokratischen Belastung. An dritter Stelle war mit 24 Nennungen die Digitalisierung, die von den Unternehmen als herausfordernd angesehen wird. Damit bewegt sich dieser Bereich auf vergleichbarem Niveau zu den Vorjahren.

Eine gravierende Veränderung ist, dass der internationale Handel als Herausforderung empfunden wird (16.9 % aller Antworten). Hier geht es neben dem Verhältnis der Schweiz zur EU insbesondere um protektionistische Tendenzen, die mit der Amtsübernahme der Trump-Administration in den USA in Verbindung stehen. Während das Verhältnis zur EU auch im Vorjahr von einzelnen Unternehmen genannt wurde, ist die Angst vor Protektionismus eine neue Herausforderung. Die anhaltende Unsicherheit durch den Ukraine-Krieg und den Konflikt im Nahen Osten sowie die Veränderungen durch den neuen US-Präsidenten Donald Trump führen dazu, dass geopolitische Unsicherheit von 18 Unternehmen als grosse Herausforderung empfunden wird. Dies entspricht 13.8 % aller Antworten auf diese Frage. Da viele an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen nur national arbeiten, ist der Teil der Unternehmen, die betroffen sind von den negativen Entwicklungen im Bereich Internationaler Handel/ Geopolitik, noch deutlich höher anzunehmen. Insgesamt zeigt sich, dass die Sorge um die Weltpolitik und deren Auswirkungen auf die Zentralschweizer Unternehmen im letzten Jahr stark zugenommen haben. Dies erstaunt, da die grossen Krisenherde bereits im vergangenen Jahr vorhanden waren (Ukraine-Krieg, Konflikt im Nahen Osten). Die neu hinzugekommene Entwicklung durch die zweite Präsidentschaft Donald Trumps scheint allerdings Folgen auch in der Zentralschweiz zu haben.

Weniger Relevanz als im vergangenen Jahr haben die Themen Wechselkurse (13 Nennungen), Zinsen (7 Nennungen) und Inflation (5 Nennungen). Hier wirken sich die Zinssenkungen der Schweizer Nationalbank, aber auch die Stabilität der Zinsniveaus in den USA und der EU entsprechend aus. Zudem hat sich der Preisanstieg in den meisten Bereichen deutlich verlangsamt. Allerdings lässt sich der weiterhin hohe Druck, den einige Unternehmen durch hohe Wechselkurse und Preise verspüren, dadurch erklären, dass die Preise nicht mehr deutlich steigen, sondern auf dem hohen erreichten Niveau des Vorjahrs verharren.

Erstmals wurde im Finanzmonitor von mehreren Unternehmen (5 Nennungen, entsprechend 3.9 %) die Folgen des Klimawandels als Herausforderung angegeben. Lässt man diese Nennungen mit der betroffenen Branche korrelieren, so handelt es sich überwiegend um Unternehmen aus dem Tourismus bzw. der Gastronomie. Einzelne Nennungen betreffen die Bereiche Künstliche Intelligenz (im Vergleich zum Vorjahr waren es erstaunlicherweise deutlich weniger Nennungen) und Energie, wo insbesondere die Förderung von regenerativer Energie gefordert wird.

5. Wünsche an die Politik

In einer weiteren offenen Frage wurde nach den Wünschen der Unternehmen an die Politik gefragt, differenziert nach den Wünschen an den Bund und an die jeweiligen Kantone. Ähnlich wie im vergangenen Jahr zeigt sich hier insgesamt eine hohe Zufriedenheit und es wird häufig eine Fortsetzung der bisherigen Politik gewünscht.

So lässt sich auch deuten, dass viele Unternehmen diese Frage gar nicht beantwortet haben. So haben 55 Unternehmen – also ein knappes Drittel aller Teilnehmenden am Finanzmonitor – bei der Frage nach Wünschen an den Bund auf eine Antwort verzichtet.

Ausgewertet wurde die Umfrage durch ein Clustering nach zentralen Begriffen. Die meisten Aussagen zu Wünschen an die Bundespolitik befassen sich wie im Vorjahr mit «Bürokratie» (74 Nennungen). Damit hat sich der bereits hohe Anteil des letzten Jahres noch einmal vergrössert. Die Unternehmen beklagen zu komplizierte administrative Abläufe und befürchten eine immer weiter fortschreitende Regulierung. Dezidiert eine stärkere Digitalisierung der Verwaltungsabläufe wünschen sich zusätzlich 4 antwortende Unternehmen. Insgesamt ist der Wunsch nach unbürokratischen und einfachen Abläufen an den Bund mit Abstand der grösste Wunsch. Der nach wie vor sehr hohe Anteil dieses Wunsches zeigt, wie drängend das Problem für die Unternehmen geworden ist. Darüber hinaus wird deutlich, dass die Handlungen und Massnahmen der Politik in den vergangenen Jahren nicht den Vorstellungen der Unternehmen entsprochen haben, da es mehr Äusserungen in diese Richtung gibt als in den Vorjahren.

Weitere Punkte mit einer höheren Zahl an Nennungen sind die Steuerpolitik (14 Nennungen), die Handelspolitik (überwiegend im Verhältnis zur EU, aber auch im Verhältnis zu den USA mit insgesamt 9 Nennungen) sowie der Arbeitsmarkt (8 Nennungen). Einzelne Angaben gibt es für die Themenfelder Reduktion des Wechselkurses zum Euro (3 Nennungen), eine aktivere Bildungspolitik (3 Nennungen) und mehr Subventionen (2 Nennungen).

Betrachtet man die Wünsche an die Politik auf Ebene der Kantone, so zeigt sich ein differenziertes Bild. An den Kanton Luzern wird, wie auch in den Vorjahren, am stärksten der Wunsch geäussert, die Bürokratie einzudämmen (ca. 53 % der Nennungen aus dem Kanton Luzern). Als besonderes Problem wird der Baubereich identifiziert. Etwa 14 % der Antworten stammen aus der Bau- und Immobilienbranche. Rund 22 % der Unternehmen wünschen sich niedrigere bzw. gleichbleibende Steuern. In diesem Zusammenhang wird die aktuelle unternehmerfreundliche Steuerpolitik in grösserem Masse gelobt. Die Förderung öffentlicher Investitionen innerhalb des Kantons werden von ca. 18 % genannt, wobei schwerpunktmässig Investitionen in den öffentlichen Verkehr bzw. in die allgemeine Infrastruktur gefordert werden. Dies wurde von 11 % der Unternehmen aus dem Kanton Luzern genannt, was einer Erhöhung um 6 % entspricht. Im Vorjahr sind Investitionen in den Bildungsbereich mit 9 % häufiger genannt worden – aktuell sind es nur noch etwa 3 %. Etwa 6 % wünschen, dass Projekte mehr auf lokale Unternehmen verteilt und vergeben werden sollen. Die insgesamt grosse Zufriedenheit der Unternehmen mit der Luzerner Kantonspolitik zeigt, dass etwa 7 % der Unternehmen ein aktives Lob im Freitextfeld dieser Frage hinterlassen haben. Zudem haben 32 % der Befragten aus dem Kanton keinen expliziten Wunsch geäussert.

Im Kanton Zug ist das Bild noch deutlich positiver. Wie im letzten Jahr sind die Wünsche nach Kontinuität diejenigen mit den meisten Nennungen. Dies spricht weiterhin für eine ausserordentlich hohe Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen im Kanton Zug. Ansonsten wurde für Zug nur noch die Deregulierung bzw. der Bürokratieabbau im Immobilienbereich von zwei Unternehmen als Wunsch genannt.

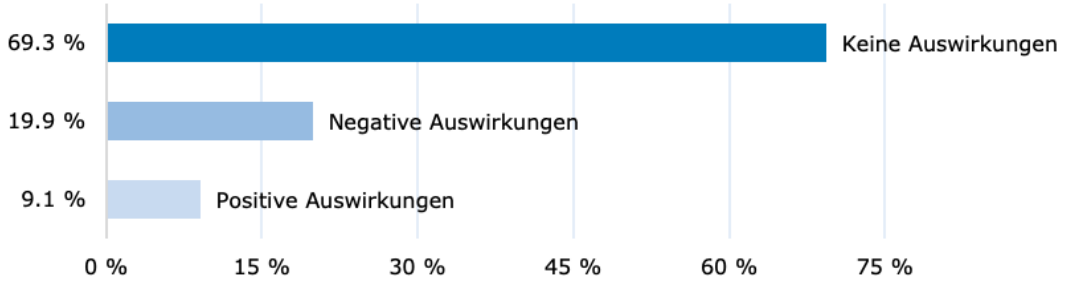
Bei den kleineren Kantonen sind die Nennungen zu gering, um individuelle Auswertungen vorzunehmen. Die Nennungen beziehen sich auch hier im Wesentlichen auf die Themen Bürokratieabbau, die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen sowie Steuern.

6. Auswirkungen der neuen US-Präsidentschaft auf die Zentralschweizer Unternehmen

Im Januar 2025 fand die Inauguration von Donald Trump zum 47. Präsidenten der USA in Washington statt. Da das Wahlergebnis seit den Wahlen im November 2024 bekannt war, konnte in der Befragung nach den Auswirkungen der wiederholten Wahl Trumps zum US-Präsidenten gefragt werden. Die Auswirkungen und Folgen der vorhergehenden 45. Präsidentschaft von Donald Trump waren noch präsent, so dass bestimmte Handlungsmuster einer Trump-Administration bekannt waren. Nicht bekannt waren zum Zeitpunkt der Umfrage die ersten von Trump unterzeichneten Dekrete zu Zöllen, einer Veränderung der Ukraine-Politik oder eine Förderung der fossilen Energieträger.

69.3 % der antwortenden Unternehmen erwarten keine Auswirkungen der Wahl auf ihre Geschäftstätigkeit, 9.1 % gehen von positiven Einflüssen von Donald Trump auf ihr Geschäftsmodell aus, während 19.9 % von negativen Konsequenzen ausgehen. In der Zielgruppe des Finanzmonitors sind zu einem grossen Teil auch Unternehmen, die nur national tätig sind. Daher ist es nicht verwunderlich, dass nur eine mittelbare Betroffenheit z.B. durch sich verändernde Konjunktur oder veränderte geopolitische Rahmenbedingungen entstehen kann.

Abb. 14: Auswirkungen der US-Präsidentschaftswahl auf Zentralschweizer Unternehmen



n = 176 Unternehmen (3 ohne Angabe)

In einer Folgefrage wurde in Form eines Freitextfeldes gefragt, welche Konsequenzen ihr Unternehmen aus der US-Präsidentschaft Trumps zieht. Von den Unternehmen, die von negativen Auswirkungen ausgehen, wird hauptsächlich vorhergesehen, dass es Unsicherheit und Verunsicherung bis hin zu Chaos geben wird. Daneben wird hauptsächlich befürchtet, dass Zölle eingeführt werden, die die Exporte in die USA erschweren. Als weiteres potenzielles Problem wird der Datenschutz gesehen. Befürchtet wird, dass die USA den Status als sicheres Drittland für Daten verlieren werden. Dies könnte Schwierigkeiten mit Cloud-Lösungen auch für Schweizer Anbieter geben. Ein Unternehmen hat als Konsequenz aus den Wahlen bereits seinen Account bei X (ehemals Twitter) gekündigt und plant auch, die Kontakte zu weiteren Internetgiganten mit Stammsitz in den USA zu beenden.

Bei den Unternehmen, die sich positive Konsequenzen von der Trump-Administration erwarten, werden zumeist keine direkten Konsequenzen gezogen. Einzelne Äusserungen erhoffen sich einen Weckruf durch Donald Trump, der dazu führt, dass Regulierung auch in der Schweiz von der Politik zurückgedreht wird.

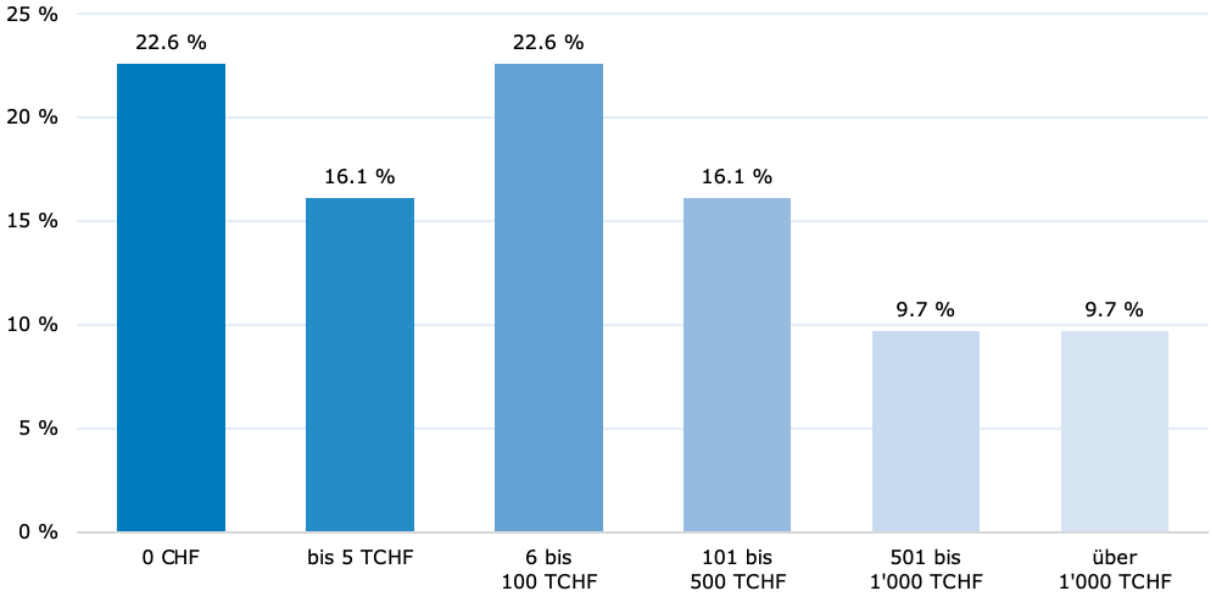
Insgesamt sind die Unternehmen in der Zentralschweiz mehrheitlich nicht oder nur mittelbar durch den neuen US-Präsidenten betroffen – dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass viele Unternehmen nur national oder europaweit tätig sind. Diejenigen Unternehmen, die erwarten, Auswirkungen zu spüren zu bekommen, gehen aber mehrheitlich von negativen Folgen aus. Genauso wie bei der Frage nach den grössten Herausforderungen der nächsten drei Jahre, zeigen sich insbesondere Bedenken aufgrund der protektionistischen Handelspolitik, die der neue US-Präsident angekündigt hat, sowie der erwarteten grösseren Unsicherheit, die auch die Stabilität der Wirtschaft in der Schweiz gefährdet.

7. Cyberkriminalität

Das Bundesamt für Cybersicherheit sieht einen signifikanten Anstieg der Meldungen von Cybervorfällen in letzter Zeit. So ist ausweislich des Berichts zum ersten Halbjahr 2024 ein Anstieg der Meldungen von «Cyberphänomenen» um 15'740 Meldungen (1. Halbjahr 2023) auf jetzt 34'789 Meldungen zu verzeichnen. Die meisten Meldungen beziehen sich auf Phishing, Spam und Betrug.[5] Auch wenn nur 10 % der Meldungen von Unternehmen erstattet werden, zeigt der grosse Anstieg, dass Cyberkriminalität immer relevanter wird und eine ernste Bedrohung darstellt. Bei den von Unternehmen gemeldeten Vorfällen handelt es sich zumeist um solche, die besonders hohe Relevanz haben, bei denen der Schaden hoch sein kann.

Auch im Finanzmonitor 2025 zeigt sich die Relevanz der Cyberkriminalität. So geben 17.6 % an, dass sie bereits Opfer von Kriminalität im digitalen Raum geworden sind. 81.8 % verneinen, dass sie von Cyberkriminalität betroffen waren. Schaut man sich die Schäden an, die durch die Vorfälle bei den Zentralschweizer Unternehmen angefallen sind, so hatte ein knappes Viertel (22.6 %) keine finanziellen Schäden erlitten. Dies kam dadurch zustande, dass vor dem eigentlichen Vollzug der Tat, die Gefahr erkannt wurde und es somit keine schädliche Tathandlung gegeben hat. Schäden bis 5TCHF berichteten 16.1 %, bis 100TCHF gingen die Schäden bei 22.6 % der Unternehmen. Wiederum 16.1 % haben einen Schaden von bis zu 500 TCHF erlitten und jeweils 9.7 % aller Unternehmen, die überhaupt Opfer von Cyberkriminalität geworden sind, hatten Schäden von bis zu 1 Mio. bzw. über 1 Mio. CHF. Vergleicht man den Schaden mit der Unternehmensgrösse, so fällt auf, dass gerade kleinere Unternehmen höhere Schäden zu tragen hatten. Dies kann darin begründet sein, dass Grossunternehmen mehr Ressourcen in präventive Massnahmen stecken, um vorher geschützt zu sein. Bei kleineren Unternehmen fehlen häufig die Budgets und personellen Ressourcen, um Prävention zu betreiben.

Abb. 15: Höhe der entstandenen Schäden durch Cyberkriminalität



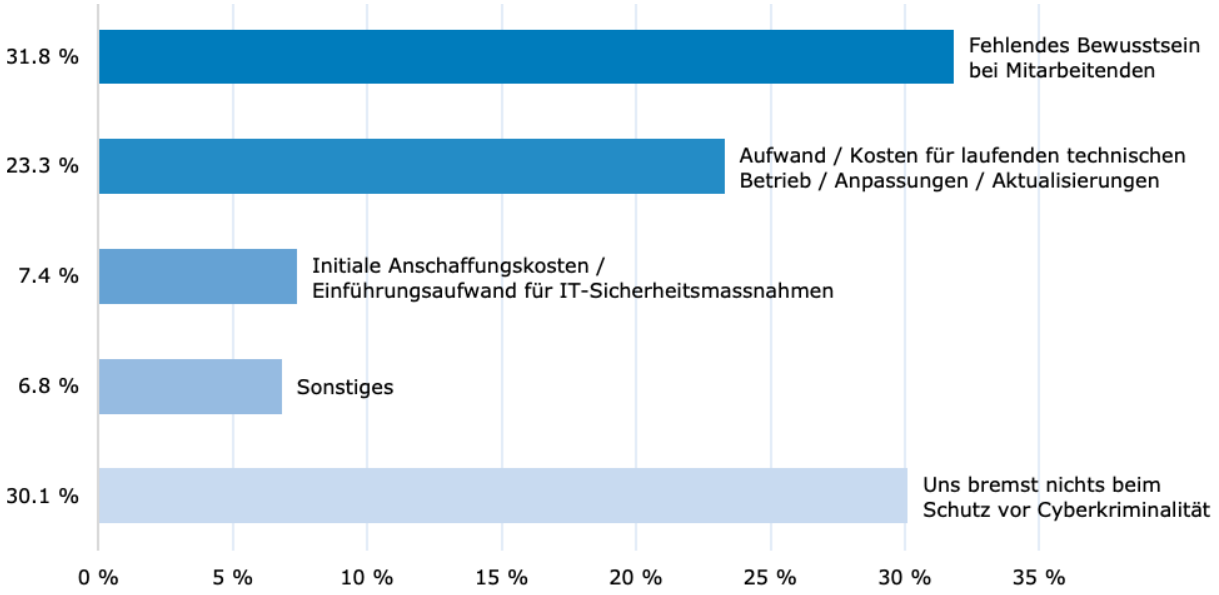
n = 31 Unternehmen (1 ohne Angabe)

[5] Vgl. BACS (Bundesamt für Cybersicherheit): Halbjahresbericht 2024/1, https://www.ncsc.admin.ch/ncsc/de/home/dokumentation/berichte/lageberichte/halbjahresbericht-2024-1.html (abgerufen am 21.2.2025).

Diese Argumente zeigen sich auch in der Frage danach, was die Unternehmen beim Schutz vor Cyberkriminalität bremst. Ein knappes Drittel der befragten Unternehmen sieht die Hauptbremsen bei den Kosten. 7.4 % sehen das Problem im Wesentlichen bei den Kosten der Einführung von Massnahmen zur Prävention gegen Cyberkriminalität. 23.3 % sehen eher die laufenden Kosten als problematisch an. Dazu gehört auch, dass der Normalbetrieb des Unternehmens aufrecht erhalten bleiben muss und es durch präventive Massnahmen zu Einschränkungen der Funktionalität bzw. Nutzerfreundlichkeit kommen kann. In diese Richtung stehen auch die sonstigen Antworten, die in ein Freitextfeld eingegeben werden konnten. Hier wird häufig darauf hingewiesen, dass die Einführung von Schutzmassnahmen auch zu unkomfortabler Bedienung bzw. zu schlechterer Performance führt. Ausserdem wird die mangelnde Verfügbarkeit von entsprechend qualifiziertem Fachpersonal angeführt, der einen adäquaten Schutz vor Cyberkriminalität erschwert.

Das zweite grosse Problem, das die Schutzmassnahmen gegen Cyberkriminalität hemmt, ist ein fehlendes Problembewusstsein der Mitarbeitenden. Dies wird von einem knappen Drittel (31.8 %) als Hemmschuh angegeben. Lediglich 30.1 % der antwortenden Unternehmen sagen, dass sie nichts zurückhält beim Schutz gegen Cyberkriminalität. Auffällig ist dabei, dass ein Drittel derjenigen Unternehmen, die bereits Opfer von Cyberkriminalität geworden sind, jetzt sagen, dass sie nichts beim Schutz vor den Gefahren aus der digitalen Welt zurückhält. Bei den freien Antworten wurde häufiger genannt, dass die Cyberkriminellen derart wandlungsfähig sind, dass ein effektiver Schutz eigentlich gar nicht möglich ist.

Abb. 16: Hemmnisse von Schutzmassnahmen gegen Cyberkriminalität

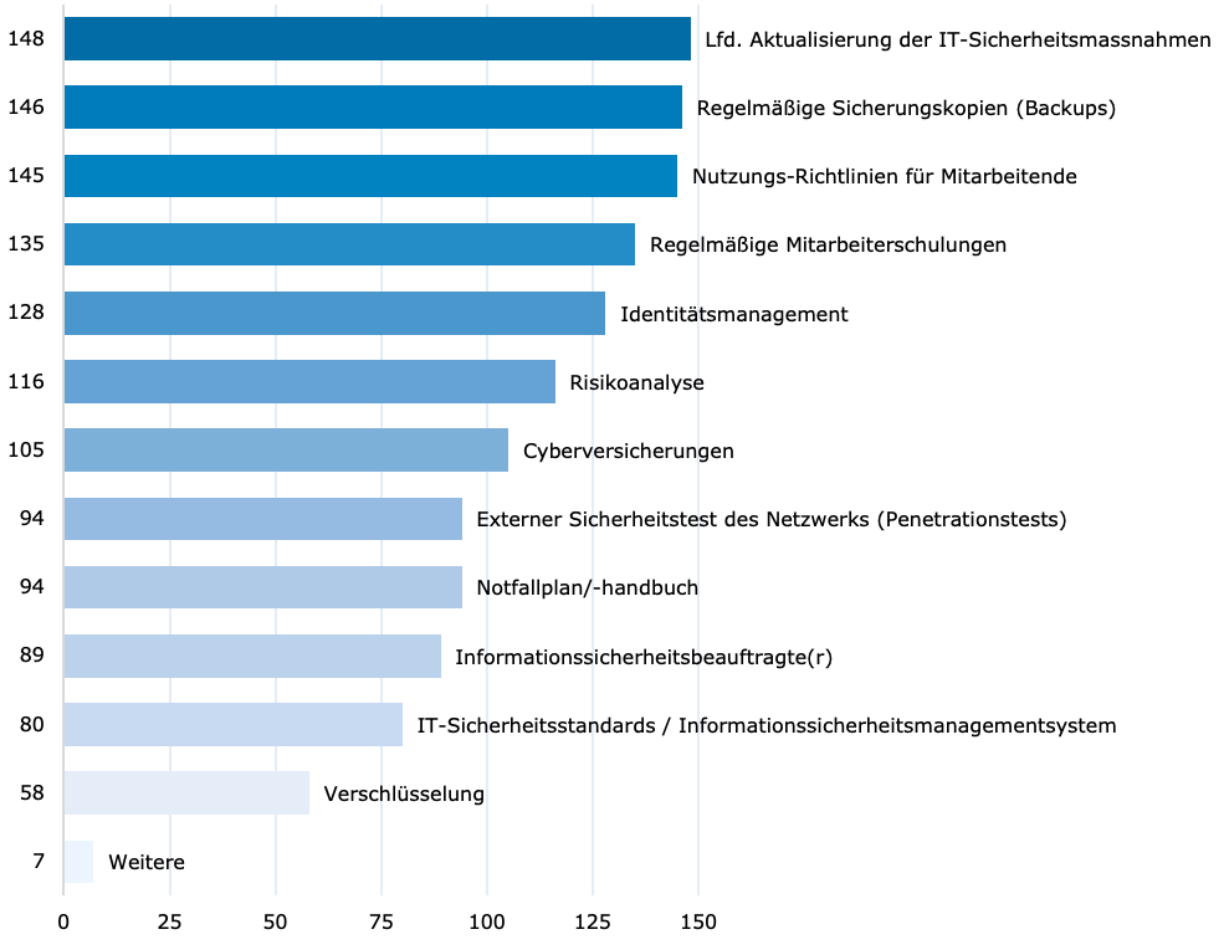


n = 176 Unternehmen (1 ohne Angabe)

Bei den konkreten Massnahmen zeigt sich ein diverses Bild. 84.1 % der Unternehmen aktualisieren laufend die IT-Sicherungsmassnahmen. Erstaunlicher als diese Aussage ist der Umkehrschluss: 15.9 % aller Unternehmen unterlassen die laufende Aktualisierung ihrer IT-Sicherungsmassnahmen. Angesichts der sich ständig verändernden Bedrohungslage mit unterschiedlichen Angriffsszenarien ist dies problematisch. Sicherungskopien werden regelmässig in 83.0 % aller Unternehmen gemacht. 82.4 % der Zentralschweizer Unternehmen verfügen über Nutzungsrichtlinien für die EDV, die auch den Umgang bzw. den Schutz vor Cybergefahren mit einschliessen. Etwas mehr als drei Viertel (76.7 %) schulen ihre Mitarbeitenden regelmässig in

Fragen der Cybersicherheit. Ein Identitätsmanagement haben 72.7 % aller Unternehmen installiert. Ein Identitätsmanagement beinhaltet die Authentifikation mit Passwort oder Zwei-Faktor-Authentifizierung. Ausserdem gehört ein nachvollziehbares Rollenmanagement dazu. Dies bedeutet, dass die Mitarbeitenden nur die Berechtigungen haben, die sie tatsächlich benötigen. Sollten sie die Rechte nicht mehr benötigen, z.B. wegen eines Abteilungswechsels, so müssen die Rechte entzogen werden. Eine Risikoanalyse betreiben rund zwei Drittel aller antwortenden Unternehmen, d.h. sie analysieren die konkreten Gefahren, denen sie durch Cyberkriminelle ausgesetzt sind. Eine Cyberversicherung haben 59.4 % aller Unternehmen abgeschlossen, d.h. Versicherungen, die im Falle eines Schadens die Schäden ausgleichen. Jeweils etwas mehr als die Hälfte aller am Finanzmonitor beteiligten Unternehmen nutzen Penetrationstests, bei denen externe Dienstleister die Systeme darauf hin überprüfen, ob ein Eindringen von Extern möglich ist oder nicht. Ebenso hoch ist die Zahl der Unternehmen, die ein Notfallhandbuch vorhalten. Ebenfalls etwas mehr als die Hälfte haben einen Beauftragten für die Informationssicherheit. Ein Drittel aller Unternehmen nutzt Verschlüsselungen z.B. für Emails. Insgesamt zeigt sich also, dass die Unternehmen mit vielen Massnahmen auf die Bedrohung reagieren. Erstaunlich ist aber auch, dass es auch eine nennenswerte, wenn auch kleine Gruppe von Unternehmen gibt, die keine Massnahmen zum Schutz vor Cyberbedrohungen haben.

Abb. 17: Schutzmassnahmen gegen Cyberkriminalität



n = 176 Unternehmen (1 ohne Angabe) | N = 1'345 Antworten

8. ESG Reporting

Bereits in den vergangenen Jahren war das Thema ESG Reporting aufgrund der sich hier rasch verändernden und verschärften Regulierung Gegenstand der Umfragen im Rahmen des Finanzmonitors. Im Jahr 2024 wurden die ersten verpflichtenden ESG-Berichte in der Schweiz für das Geschäftsjahr 2023 veröffentlicht. Aus diesem Grund können die Unternehmen – sofern sie unter die Pflicht zur Veröffentlichung eines ESG-Berichts fallen – jetzt den tatsächlichen Aufwand für die ESG-Berichterstattung einschätzen. Daher haben wir die Frage nach dem Aufwand in diesem Jahr in den Mittelpunkt dieses Teils der Umfrage gestellt.

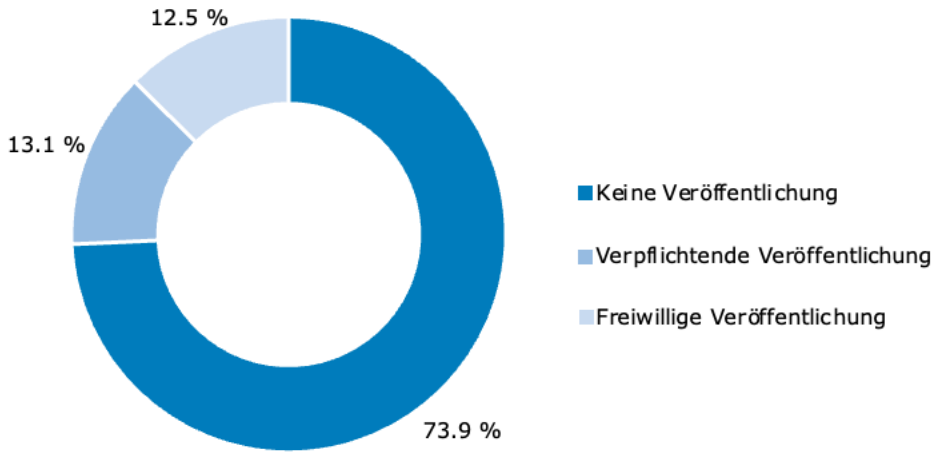
Für viele Unternehmen ergibt sich ab dem Geschäftsjahr 2023 eine erweiterte Pflicht zur nichtfinanziellen Berichterstattung. Dafür hat zum einen der Schweizer Gesetzgeber mit der Reform des Obligationenrechts gesorgt. Art 964 a bis c OR sind durch den indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative eingeführt worden. Die Berichterstattung über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung ist damit für grosse Publikumsgesellschaften und Finanzinstitute verpflichtend geworden. Diese Pflicht gilt erstmals für das Berichtsjahr 2023, so dass die Berichte Anfang 2024 veröffentlicht werden mussten. Für viele Unternehmen kommen mittelbare Verpflichtungen durch die Einführung der CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) in der EU hinzu. Die Richtlinie wurde am 10.11.2022 vom Europäischen Parlament nach langen Diskussionen verabschiedet, allerdings ist die Umsetzung in nationales Recht, beispielsweise in Deutschland, nicht erfolgt. Aufgrund veränderter politischer Präferenzen wird eine Veränderung der Verpflichtung diskutiert. Wahrscheinlich ist die Begrenzung der zur Berichterstattung verpflichtenden Unternehmen. Relevanter wird die Berichtspflicht für Zentralschweizer Unternehmen aus mittelbaren Verpflichtungen. Viele der relevanten Berichtspflichten von Unternehmen sind nur mit Hilfe von Lieferanten zu erfüllen. Daher gehen viele Unternehmen aus der EU dazu über, ihre Lieferanten – auch solche aus der Zentralschweiz – zur Bereitstellung von Informationen zu verpflichten. Der Schweizer Gesetzgeber will mit eigenen Regeln auf die ausgeweitete Berichtspflicht in der EU reagieren. Derzeit läuft der Vernehmlassungsprozess für eine eigene Schweizer Regulierung zur ESG-Berichterstattung. Mit einem Entscheid wird im Frühjahr 2025 gerechnet, wobei der Entwurf des Bundesrats sehr eng an die ursprüngliche Variante der EU-Richtlinie angelehnt ist.[6]

Auffällig ist in dieser Ausgabe des Finanzmonitors, dass weniger Unternehmen angeben, dass sie einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen. In der Ausgabe 2024 waren es 31.3 % der antwortenden Unternehmen, die angegeben haben, einen solchen Bericht zu erstellen. In dieser Ausgabe 2025 sind es lediglich 25.6 %. Zusätzlich hatten 11.5 % der antwortenden Unternehmen 2024 gesagt, einen Nachhaltigkeitsbericht in den nächsten drei Jahren zu lancieren. Daher und aufgrund der fortschreitenden Regulierung ist der Rückgang erstaunlich. Teilweise kann dieser Effekt durch eine andere Zusammenstellung der Grundgesamtheit erklärt werden, andererseits ist auch nicht zu übersehen, dass die öffentliche Meinung gerade in der Unternehmerschaft die Nachhaltigkeitsberichterstattung eher skeptisch sieht. Dies kann einen Rückgang der freiwilligen Aktivitäten erklären. Von den Unternehmen, die einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen, tut dies rund die Hälfte freiwillig, etwas mehr als ein Viertel aufgrund der Verpflichtung nach dem Obligationenrecht und etwas

[6] Vgl. zum Vernehmlassungsprozess https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-101585.html (abgerufen am 21.2.2025).

weniger als ein Viertel aufgrund der EU-Regulierung. Ein einziges Unternehmen gab an, dass der Report aufgrund der Vorschriften eines anderen Staates erfolgt.

Abb. 18: Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichtes



n = 176 Unternehmen (1 ohne Angabe)

Der Aufwand für die Erstellung der Nachhaltigkeitsreports wird weitgehend ohne Neueinstellungen von eigenem Personal realisiert. 40 % der Unternehmen, die bereits einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichen, haben keine Neueinstellungen getätigt. Ein Unternehmen (entspricht 2.2 %) hat bisher keine Neueinstellungen gemacht, plant diese aber für die Zukunft. Etwas mehr als ein Viertel der Unternehmen hat den Nachhaltigkeitsbericht mit Hilfe von externen Beratern erstellt. Nur 31.1 % der Befragten haben sich dafür entschieden, eigenes Personal aufzubauen. Diese vergleichsweise geringe Zahl relativiert die häufig zu hörende Klage, dass der Aufwand für die neue Nachhaltigkeitsberichterstattung unübersehbar gross ist.

Dass der Aufwand nicht so gross ist, wie häufig befürchtet, zeigen auch die Antworten auf die Frage nach dem personellen Ressourceneinsatz für die Erstellung des ESG-Berichts. Bei 37.8 % der berichtenden Unternehmen liegt der Aufwand für den Nachhaltigkeitsbericht bei weniger als einem halben Vollzeitäquivalent. 24.4 % benötigten zwischen einer halben und einer ganzen Vollzeitkraft für ihren Nachhaltigkeitsbericht. Rund ein Viertel (26.7 %) arbeiteten mit ein bis zwei Vollzeitkräften, 6.7 % setzten mehr als zwei, aber weniger als fünf Mitarbeitende in Vollzeit ein. Lediglich ein Unternehmen gibt an, dass man mehr als fünf Mitarbeitende für die Erstellung des Berichts einsetzt. Die Unternehmen, die externe Berater für die Erstellung ihres Nachhaltigkeitsberichts einsetzen, haben im Durchschnitt 102 TCHF als Honorar für die Berater aufgewendet, wobei die Spannweite zwischen 10 und 300 TCHF liegt.

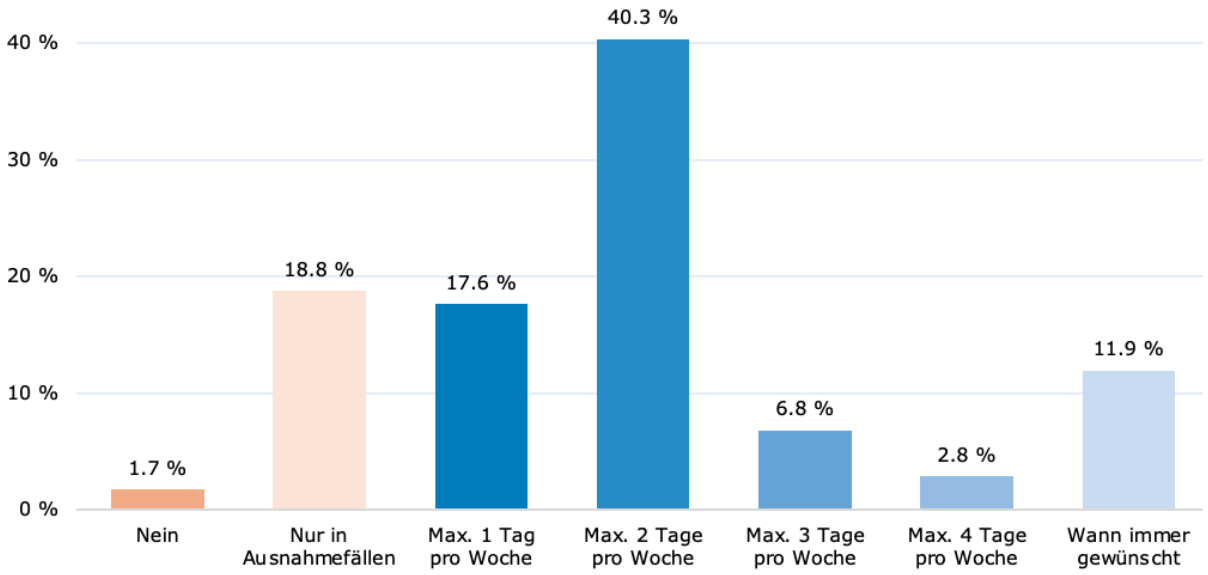
Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass der Trend zur Nachhaltigkeitsberichterstattung – sofern sie freiwillig ist – offensichtlich zurückgeht. Die Unternehmen scheinen die weitere Entwicklung bei der Regulierung abzuwarten. Auf der anderen Seite zeigt der Finanzmonitor 2025, dass der Aufwand für die Berichterstattung geringer ist als viele Unternehmer befürchten. Grosse personelle Ressourcen scheinen nicht notwendig zu sein, um die Reports zu erstellen.

9. Home-Office und seine Auswirkungen

Seit der Covid-19 Pandemie mit Lockdowns, die verhindert haben, dass alle Arbeitnehmenden regelmässig einen Arbeitsplatz im Büro aufsuchen dürfen, hat sich die Arbeitsweise vieler Unternehmen grundsätzlich geändert. Das Arbeiten von zu Hause ist zur Normalität in vielen Unternehmen geworden. Allerdings haben sich in letzter Zeit öffentlichkeitswirksam viele Stimmen gemeldet, dass Home-Office negative Auswirkungen auf die Unternehmenskultur und damit letztlich das Unternehmensergebnis hat. So nannte Elon Musk Home-Office «moralisch falsch» und setzte in seinen Unternehmen eine stärkere Präsenz durch. Wissenschaftliche Studien zur Produktivität von Mitarbeitenden im Home-Office versus Mitarbeitenden in Präsenz kommen zu uneinheitlichen Ergebnissen.[7] In dieser Studie haben wir nach der Anwendung von Home-Office (bezogen auf diejenigen Arbeitsplätze, die tatsächlich von zu Hause ausgeführt werden können) und nach den Auswirkungen auf das Unternehmen gefragt.

Home-Office ist Realität bei den Zentralschweizer Unternehmen. Nur drei Unternehmen (entsprechend 1.7 %) antworten bei der Frage, ob Home-Office möglich ist mit «Nein». Weitere 18.8 % erlauben Home-Office, jedoch nur in Ausnahmefällen. 17.6 % geben standardmässig einen Home-Office Tag frei. Die höchste Zahl der Nennungen mit 40.3 % haben Unternehmen, die zwei Tage Home-Office zulassen. 6.8 % geben 3 Tage, 2.8 % sogar 4 Tage Home-Office. 11.9 % stellen es den Mitarbeitenden frei, von wo aus sie arbeiten – also ob sie in das Büro kommen oder ob sie lieber von zu Hause aus arbeiten.

Abb. 19: Home-Office Möglichkeit in Zentralschweizer Unternehmen



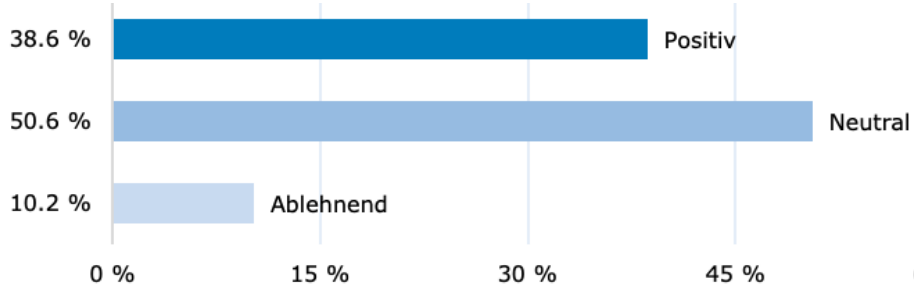
n = 176 Unternehmen

Offensichtlich sind die Unternehmen mit diesen Regelungen zufrieden. 92.6 % geben an, dass sie keine Änderungen in der nächsten Zeit vornehmen wollen. Ein Unternehmen will mehr Home-Office erlauben, 4.0 % wollen weniger Home-Office zulassen. Die verbleibenden 2.8 % der Unternehmen verfügen über keine

[7] Vgl. z.B. die Übersicht über Studien bei McPhail, R., Chan, X. W. (Carys), May, R., & Wilkinson, A. (2023). Post-COVID remote working and its impact on people, productivity, and the planet: an exploratory scoping review. The International Journal of Human Resource Management, 35(1), 154–182.

formalen Regeln zum Home-Office, was dazu führt, dass sie keine Anpassungen vornehmen. Nur geringfügig negativer sehen die von uns befragten Finanzverantwortlichen persönlich die Möglichkeit von zu Hause aus zu arbeiten. Etwas mehr als die Hälfte (50.6 %) der Finanzverantwortlichen sagt, dass sie neutral zum Home-Office stehen. 38.6 % empfinden Home-Office eine positive Lösung und lediglich 10.2 % sehen den Trend zur Arbeit von zu Hause aus negativ.

Abb. 20: Allgemeine Meinung zu Home-Office



n = 176 Unternehmen (1 ohne Angabe)

Die Einstellung zum Home-Office sollte damit korrelieren, welche Effekte sich durch die verstärkte Arbeit von zu Hause aus ergeben. Die antwortenden Unternehmensverantwortlichen sehen mit überwältigender Mehrheit keine Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis. 84.1 % der Unternehmen antworteten, dass sie keine Ergebnisauswirkungen feststellen. 15.3 % sehen hingegen Auswirkungen. Dabei zeigten die Antworten auf die Nachfrage, welche Auswirkungen festgestellt wurden, zum einen erhöhten Aufwand für Koordination und zum anderen positive Auswirkungen durch bessere Motivation der Mitarbeitenden. Daneben wird als positive Auswirkung genannt, dass man ein attraktiveres Profil als Arbeitgeber gewinnt. Vereinzelt werden als Nachteile noch angeführt, dass die Stimmung dadurch problematisch wird, dass es einzelne Arbeitnehmergruppen gibt, die aufgrund ihrer Tätigkeit (z.B. in der Montage) keine Arbeit von zu Hause aus machen können.

Eines der immer wieder genannten Probleme bezüglich Home-Office ist das Onboarding neuer Mitarbeitender. Deswegen haben wir im Finanzmonitor gefragt, wie man mit diesem Problem umgeht und trotz vermehrter Tätigkeit von zu Hause aus, den Kontakt zwischen den einzelnen Abteilungen sicherstellt. Die überwiegende Zahl der Unternehmen, die die erlaubte Zeit des Home-Office einschränken, geben an, dass sie keine Probleme mit dem Austausch im Kreis der Teams haben. Andere verweisen auf technische Lösungen, wie intensiver Austausch über digitale Plattformen (insbesondere Microsoft Teams wird hier als Lösung genannt). Andere verweisen auf verpflichtende Meetings, die in regelmässigen Abständen stattfinden, wo ein physischer Austausch durchgeführt wird. Für andere Unternehmen ist der weiterhin stattfindende Austausch vor allem eine Führungs- und Kulturfrage. Als Lösung wird in diesen Fällen eine regelmässige Kommunikation innerhalb der Abteilung und insbesondere zwischen Vorgesetztem und Mitarbeitendem, um den Informationsfluss aufrecht zu erhalten. Für einige Unternehmen ist auch das Anbieten von sozialen Events und der Ausbau der Kantine ein Mittel, um die Mitarbeitenden ins Büro zu bringen.

Autoren

Prof. Dr. Stefan Behringer
leitet das Kompetenzzentrum Controlling am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ an der Hochschule Luzern – Wirtschaft. Vor seiner akademischen Laufbahn hat Stefan Behringer 10 Jahre im Management von verschiedenen Grossunternehmen in Deutschland gearbeitet. Zu seinen Funktionen gehörte dabei auch die Leitung des Konzernrechnungswesens der Olympus Europa GmbH, dem europäischen Teilkonzern des japanischen Elektronikunternehmens. Stefan Behringer forscht aktuell auf den Gebieten Konzernrechnungslegung, Kryptoassets und ESG Reporting / Controlling.

Prof. Dr. Markus Gisler
ist Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern – Wirtschaft. Seine Lehr-, Forschungs- und Beratungsschwerpunkte sind die CFO-Funktion, Financial Accounting und Controlling. Er studierte und promovierte an der Hochschule St. Gallen (HSG) und verfügt über ein Diplom als eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer. Er arbeitete 16 Jahre als Group Controller und Finanzchef für die DKSH-Gruppe, wovon acht Jahre in Japan, den Philippinen und Hongkong. Seit 2015 ist Markus Gisler Präsident des CFO Forums Schweiz, der grössten Vereinigung von CFOs in der Schweiz. In der Zentralschweiz engagiert er sich im Dienstleistungsausschuss der Zuger Wirtschaftskammer, in der Bereichskonferenz Berufsbildung des Kt. Zug und in der Stiftung für das Alter Hünenberg.

Manuel Gesslein
ist als Masterassistent am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ an der Hochschule Luzern – Wirtschaft im Kompetenzzentrum Controlling beschäftigt. Zudem studiert er im Masterstudiengang International Financial Management IFM an der Hochschule Luzern. Er ist in Forschungsprojekten zur Konzernrechnungslegung, zum ESG Reporting / Controlling sowie zur Zentralschweizer Wirtschaftslage involviert.

Das Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern – Wirtschaft ist das führende Fachhochschulinstitut im Finanzbereich in der Schweiz. Das IFZ bietet Forschungs- und Beratungsdienstleistungen an und verfügt über ein breites Weiterbildungsangebot für Fach- und Führungskräfte aus der Finanzbranche. Zu der Ausbildungspalette des IFZ gehören auch die Bachelor und Master of Science Studiengänge mit Fachrichtung Banking & Finance, Financial Management und Real Estate.

Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ
Campus Zug-Rotkreuz
Suurstoffi 1
CH-6343 Rotkreuz

Gold Partner

Netzwerk Partner